

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verzins-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.



An die Kollegen!

Mit erfreulichem Eifer sind die Kollegen im ganzen Lande dabei, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Sowohl in den östlichen Provinzen wie im Westen zeigt sich ein merkbares Steigen der Mitgliederzahlen. Langsamer geht es dagegen im Norden, und von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Süden vorwärts. Im Norden mag es daher kommen, daß dort die Zahl der abtrünnig Gewordenen kleiner war, im Süden ist der Grund wohl in der teilweise noch immer unbefriedigenden Konjunktur zu suchen. Der bisherige Gewinn des Verbandes in diesem Jahre beträgt gegen zehntausend Mitglieder. So erfreulich diese Steigerung an sich auch ist, sie kann uns doch nicht genügen. Besonders im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerung der Tarifverträge im nächsten Jahre kann man mit dem bisherigen Ergebnis der Agitation nicht zufrieden sein. Die Kollegen wissen, daß es sich im Frühjahr um die Festsetzung der Löhne für die nächsten Jahre handelt. Sie alle haben aber den sehr berechtigten Wunsch, eine wesentliche Lohnerhöhung dabei durchzusetzen.

Was sich in den letzten Wochen im öffentlichen Leben unsres Landes ereignete, hat die Lage noch bedeutend verschärft. Zu der ohnehin schon schweren Belastung des Volkes durch Lebensmittelzölle und Steuern, die besonders eine Verteuerung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel, des Brotes und des Fleisches, herbeiführten, hat eine Reichstagsmehrheit von Großgrundbesitzern und Angehörigen der Zentrums- und noch neuerdings unerbört schwere Lasten hinzugefügt. Um das durch fortwährende Rüstungen für Kriegszwecke hervorgerufene ungewöhnliche Geldbedürfnis des Reiches zu befriedigen, hat man wiederum, wie stets, Steuern beschlossen, die von der breiten Masse des Volkes aufgebracht werden müssen. Alle Versuche der sozialdemokratischen Abgeordneten, die erforderlichen Gelder durch Besteuerung des großen Vermögens herbeizuführen, scheiterten an dem geschlossenen Widerstande der Mehrheit. Selbst eine nur teilweise Belastung der reichen Leute durch Besteuerung der großen Erbschaften wurde von jenen Volksvertretern abgelehnt. Man findet keine Worte, die scharf genug wären, um eine solche volksfeindliche Politik gebührend zu kennzeichnen.

Kollegen! Denkt daran, wie schwer die ganze Arbeiterschaft, wie schwer gerade wir Bauarbeiter unter der großen Arbeitslosigkeit im verflochtenen Jahre bis weit in das Frühjahr hinein leiden mußten. Denkt daran, wie viele unsrer Kollegen monatelang ohne Verdienst der bittersten Not ausgesetzt waren. Zu der Arbeitslosigkeit kam die Ausbeutung durch Fabrikanten- und Händlerlinge, durch unerschwinglich hohe Preise für Nahrung, Wohnung und Heizung. Es war ein Notstand, so groß und so grauenvoll, wie ihn von den heute lebenden Menschen kaum jemand größer und schlimmer gesehen hat. Nun, wo sich das Erwerbsleben wieder zu rühren beginnt, wo der Familienvater wieder soviel Verdienst hat, um die ärgsten Wunden jener Zeit zu heilen, kommt dieser große Überlaß, durch den dem Volke jährlich rund 400 Millionen Mark abgezwaht werden sollen. Aber bei diesen Summen allein wird es nicht bleiben. Die in ihren Fabriken von der Steuer getroffenen Industriellen werden nicht allein eine Preiserhöhung um den Steuerbetrag vornehmen, sondern sie werden diese Gelegenheit benutzen, um sich Extraprofite zu sichern — auf Kosten der breiten Masse. Und daneben wird es nicht ausbleiben, daß einzelne Berufszweige eine Einschränkung ihrer Produktion vornehmen müssen, Arbeiterentlassungen werden stattfinden, und sie werden den Arbeitsmarkt für die gesamte Arbeiterschaft verschlechtern. Darum entziehen sich die Schäden, die dem Wirtschaftsleben durch die Steuerpolitik zugefügt werden, vorläufig noch jeder genaueren Schätzung. Nur das steht fest, daß das Volk wieder einmal in schlimmer Weise bluten muß. Und das konnte man ihm auferlegen nach solch einer Periode der Massennot, wie wir sie vor wenigen Monaten erst durchgemacht haben! Das arbeitende Volk wäre nichts Besseres wert, wenn es sich gegen diese Auspöwerung

nicht wehrte! Es muß bestrebt sein, daß, was man ihm durch diese schmachvolle Steuerpolitik abnimmt, durch Steigerung seines Lohnneinkommens wieder zu erlangen. Ohne Zweifel wird das Verhältnis zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer in der nächsten Zeit von diesem Streben beeinflusst werden. Auch bei den Tarifverhandlungen für das Baugewerbe werden die Forderungen nach Lohnerhöhungen, die einen Ausgleich zwischen dem zurückgebliebenen Lohn und den gestiegenen Kosten des Lebensunterhalts zu bewirken haben, eine große Rolle spielen. Die baugewerblichen Arbeiter, die sich schon bei den Tarifabschlüssen im vorigen Jahre mit ihren Forderungen bescheiden mußten, können nun, nach dieser neuen Erschwerung ihrer Existenz, nicht länger auf angemessene Lohnerhöhungen verzichten.

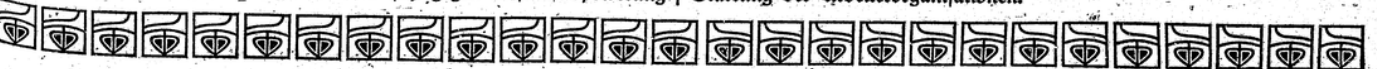
Aber was werden die Unternehmer tun? Werden sie in gerechter Würdigung dieser unbestreitbaren Tatsachen den Arbeitern entgegenkommen und gewähren, was das Interesse des Volkes und die Gerechtigkeit gleichermaßen fordern? Oder werden sie sich zugeknöpft verhalten und für die von der ehernen Notwendigkeit diktierten Forderungen nur leere Reden und folgenschwere Ablehnung haben? Das erste wäre gerecht, vernünftig, nützlich; aber eben darum muß man damit rechnen, daß es die Unternehmer nicht tun werden. Die kleine Schar der Einsichtsvollen unter ihnen kann nicht gegen die Scharfmacher aufkommen, die als die Lautesten die Mehrheit der Unternehmer hinter sich haben.

Es ist darum der unheilvolle Abschluß der sogenannten Reichsfinanzreform eine weitere Verschärfung der Gegensätze im Baugewerbe, deren Austrag immer näher heranrückt.

Das zwingt uns, noch mehr, noch eifriger, als es bis jetzt schon geschah, auf die Stärkung des Verbandes bedacht zu sein. Die Zahl der neugewonnenen Mitglieder muß sich noch innerhalb dieses Jahres verdoppeln. Das ist nicht zu viel verlangt; es wäre selbst möglich, wenn sich die Konjunktur nicht so gehoben hätte, wie sie sich tatsächlich gehoben hat. Nützt man überall die noch verbleibenden Monate der Bauzeit zu einer umfassenden Agitation aus, so ist ein guter Erfolg gewiß.

Verbandskollegen! Nichts darf uns abhalten, jetzt, solange es noch Zeit ist, die Unorganisierten zu überzeugen, daß ihr Platz an unsrer Seite ist. Was die nächste Zeit bringt, das bringt sie für alle, ob sie treu ihre Pflicht erfüllen oder ob sie zum Schutt des Handwerks gehören. Jeder Maurer, der seiner Organisation nicht angehört, frevelt nicht allein gegen sich, sondern gegen die Gesamtheit seiner Berufskollegen; seine Kraft fehlt uns; denn wir bedürfen aller vorhandenen Kräfte, um das zu erringen, was für uns überhaupt erreichbar ist. Darum noch einmal: Tut Eure Schuldigkeit, strebt und werbt für den Verband; denn er ist die einzige Waffe, auf die wir uns im Daseinskampf stützen können, und dieser Daseinskampf wird und muß jetzt schärfer werden, als er bisher war. Ob die Gesamtheit des Wirtschaftslebens dabei leidet oder nicht — das kann und soll uns nicht gleichgültig sein; aber wir können deswegen nicht auf den notwendig gewordenen Ausgleich zwischen Einkommen und Unterhaltungskosten verzichten. Nicht wir tragen dafür die Verantwortung, sondern die Regierung und die Parteien, die Träger dieser volksauszehrenden Politik sind. Aber moralisch verantwortlich sind auch alle jene, die Vertreter dieser Parteien, Konservativen, Polen und Zentrumsleuten, ihre Stimmen bei den Wahlen gaben. Darum kann die Agitation für den Verband zugleich eine Aufklärung über die Stellung der Arbeiterklasse zu den politischen Parteien sein. Wie war die Gelegenheit dazu so günstig, wie in diesen Tagen; denn das ganze werthätige Volk ist in seinen lebendigsten Interessen mit den Vorgängen auf der politischen Bühne verknüpft.

Benutzen wir diese Gelegenheit zur Aufklärung der Massen, zur Stärkung der Arbeiterorganisationen.



Verbandstollegen!

Die nächste Arbeitslosen-Zählung ist Sonnabend, den 31. Juli; niemand darf sich dieser Pflicht entziehen!

Steuerabwälzung und Extra-ausräuberung der Konsumenten.

Es ist eine alte Erfahrung, daß Industrie und Handel die sie treffenden indirekten Steuern möglichst auf die Konsumenten abzuwälzen suchen, um sich auf diese Weise schablos zu halten. Durch Abwälzung erst gewinnen solche Steuern als Verbrauchsabgaben im wahren Sinne des Wortes ihre Bedeutung für das Volk, besonders, wenn sie auf Massenkonsumartikel gelegt werden. Unseren Reichsfinanzministern hat es stets als selbstverständlich gegolten, daß lediglich die Konsumenten, deren weitaus größter Teil die arbeitenden Klassen bilden, die Last der indirekten Steuern zu tragen haben. In der Begründung, die Herr Sydow seinem Reichsfinanzgesetzentwurf gab, wird ausdrücklich gesagt, es müsse dafür gesorgt werden, daß die Steuern auf Bier, Branntwein, Tabak usw. auch wirklich auf die Massen übergehen und nicht auf dem Gewerbe hängen bleiben, das sie nicht tragen könne. Zwar haben im Verlaufe der parlamentarischen Beratung der Steuervorlagen die in Betracht kommenden industriellen und kommerziellen Kreise lebhaft geklagt, daß ihnen die Abwälzung diesmal unmöglich oder mindestens außerordentlich schwer sein werde. Diese Klage wurde vornehmlich aus den Kreisen der Brauindustrie erhoben mit dem Hinweis darauf, daß sich erfahrungsgemäß gegen die Erhöhung des Bierpreises ein besonders starker Widerstand der Konsumenten erhebe.

Jetzt stehen wir nun unmittelbar vor dem Inkrafttreten der neuen Steuererlasse. Vom 1. August d. J. an wird das Volk u. a. den Segen der Erhöhung der Brausteuer und des Kaffee- und Teezollses erfahren, am 15. August tritt die neue Tabaksteuer, am 1. September die Zigarettensteuererhöhung, am 1. Oktober die Erhöhung der Branntweinsteuer sowie die Steuer auf Streichhölzer und Beleuchtungsmittel in Kraft. Die hier in Rede stehenden Industrien haben schon von dem Tage an, wo die Einführung der Steuern feststand, ihre Abwälzungsmassnahmen getroffen.

Da zeigt sich nun aber wieder, wie es seither in solchen Fällen immer der Fall war, daß die Industriellen und Händler sich nicht damit begnügen, die Konsumenten lediglich mit dem Betrag der Steuer zu belasten, daß sie vielmehr bemüht sind, auf deren Kosten noch möglichst hohe Extraprofite herauszuschlagen.

So hat die Spirituszentrale beschlossen, die Verkaufspreise um 10 pro Hektoliter zu erhöhen. Dieser Preisaufschlag geht weit hinaus über die Steuererhöhung. Die Säbholzfabrikanten und die Fabrikanten der Gasglühlichtbranche haben sich zu derselben Praxis bekannt. Der Preisaufschlag auf Säbholzer dürfte mindestens der zwei- bis dreifache des Steuerbetrages werden. Das Gesetz, betreffend die Beleuchtungsmittelsteuer, belegt u. a. Glühstrümpfe mit einer Steuer von 10 $\frac{1}{2}$ pro Stück und Brennstifte je nach ihrer Qualität mit 60 $\frac{1}{2}$ bis 1. Die Fabrikanten wollen nun die Preise der Glühstrümpfe, die heute 25 $\frac{1}{2}$ kosten, auf 45 und 50 $\frac{1}{2}$, also um 20 bis 25 $\frac{1}{2}$ erhöhen. Das ist ein sehr einträgliches Geschäft.

Auch die Tabakfabrikanten und Händler haben ihre Absicht kund getan, eine über den Betrag der Steuer hinausgehende Preiserhöhung vorzunehmen.

Eine maßlos unerschämte Extraausraubung der Konsumenten hat eine in Berlin stattgehabte Versammlung von Vertretern des Schutzverbandes der Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft und der Gastwirtschaftsorganisationen beschlossen. Die Brauereien sollen das Bier zu einem um 5 $\frac{1}{2}$ pro Liter erhöhten Preise an die Gastwirte liefern und diese sollen verpflichtet sein, von ihren Kunden mindestens 40 $\frac{1}{2}$ pro Liter zu nehmen! Die Brauer haben sich immer ausgezeichnet, wenn es galt, anlässlich einer neuen Besteuerung des Bieres sich die Konsumenten extra tributpflichtig zu machen. Als die Biersteuer im Jahre 1906 bis zu 1 pro Hektoliter erhöht wurde, steigerten die dem oben genannten Schutzverband angehörenden Brauereien den Preis um 1,250; sie provozierten damit einen energischen Widerstand der Konsumenten, einen Bierkrieg. Jetzt wollen sie die Konsumenten noch viel ärger rupfen, nicht nur die neue Steuer auf den Konsum abwälzen, sondern diesen um das Fünfs- bis Siebenfache des Steuerbetrages belasten!

Der Ertrag der neuen Biersteuer ist bekanntlich mit 100 Millionen Mark veranschlagt, und zwar auf Grund der Annahme, daß die Bierproduktion im Deut-

schen Reiche rund 73 Millionen Hektoliter betragen wird, wovon etwa 46 Millionen auf das norddeutsche Brauereigebiet entfallen. Unter dieser Voraussetzung entfällt auf das Hektoliter eine steuerliche Belastung mit 1,137. Nach dem Beschluß der Interessentenversammlung in Berlin aber sollen die Brauereien aus dem Bierverkauf nicht nur die 100 Millionen Mark neuer Steuern mehr erzielen, sondern 365 Millionen, also 265 Millionen Mark noch über den Steuerbetrag hinaus. Für jedes verkaufte Hektoliter Bier soll den Brauereien noch eine Extraeinnahme von 1,265 zusteigen.

Da macht die schwere Belastung des Konsums aber noch nicht halt. Die organisierten Brauindustriellen haben, was ja kein Geheimnis ist, die große Mehrzahl der Gastwirte in harte Abhängigkeit von sich gebracht. Auf dies Abhängigkeitsverhältnis pocht, wollen sie die Wirte zwingen, über die Erhöhung von 5 $\frac{1}{2}$ pro Liter hinaus mindestens noch 5 $\frac{1}{2}$ von jedem Liter mehr zu erheben. Dieser Aufschlag der Wirte würde 365 Millionen Mark betragen.

Die Rechnung für die Konsumenten würde sich also wie folgt stellen: Steuerbelastung an das Reich 100 Millionen Mark, Aufschlag der Brauereien 265 Millionen, Aufschlag der Wirte bis zu 365 Millionen. Das ergibt eine Gesamtbelastung der Biertrinker mit 730 Millionen Mark!

Kommt die geplante Bierpreiserhöhung zustande, so wird derjenige, der täglich ein Liter Bier trinkt, mit einer jährlichen Mehrausgabe von 1,36,50 belastet. Haben sich die Wirte aber erst auf einen Mindestpreis von 40 $\frac{1}{2}$ pro Liter einrichten können, so wird es dabei sicherlich nicht bleiben; der Preis wird dann auf 50 bis 60 $\frac{1}{2}$ hinaufgetrieben werden, und dementsprechend wird sich die Extramehrbelastung des Biertrinkers erhöhen, bei einem täglichen Konsum von einem Liter auf 1,50 bis 60 pro Jahr.

Ein unverschämtes, frivoles Attentat auf den Geldbeutel der Konsumenten, anlässlich neuer indirekter Steuern ist kaum jemals dagewesen. Die Brauer und die ihnen verbündeten Gastwirte wollen die Gelegenheit wahrnehmen, auf Kosten der Konsumenten ihr Geschäft gründlich aufzupeitschen. Letztere, in erster Linie die Arbeiter, haben alle Ursache, sich gegen diesen Ausräuberungsversuch so energisch und so rücksichtslos wie möglich zu wehren. Brauereien und Gastwirte, die entsprechend den von der Berliner Interessentenversammlung gefassten Beschlüssen verfahren, müssen von der Arbeiterschaft mit der Waffe des Boykotts bis zum äußersten bekämpft werden. Das Höchste, was die Konsumenten sich gefallen lassen könnten, wäre ein Ausgleich in der Verteilung des neuen Steuerbetrages zwischen ihnen einerseits und den Brauereien und Gastwirten andererseits. Aber sich von letzteren um das Siebenfache schröpfen zu lassen, dazu werden sie wahrlich nicht geneigt sein. Die organisierte Arbeiterschaft muß an Mittel und Wege denken, sich gegen die unverschämte Extraausraubung zu schützen. Was wir in dieser Hinsicht jetzt erleben, das schließt in sich die dringende Mahnung an alle Arbeiter, die konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen zu unterstützen. Geschieht das, so können und werden die Konsumgenossenschaften wahrhaftig segensreich im Interesse der Konsumenten wirken.

Die moralische Beurteilung des Streifbrechers.

I.

Vor einigen Jahren tat ein Breslauer Staatsanwalt den berühmten Ausspruch: „Wer einen Streifbrecher beleidigt, für den ist keine Strafe hoch genug!“ Da für jede Beleidigung — sei es eines Privatmannes, eines Fürsten oder gar des Herrgotts — im Gesetzbuch eine Höchststrafe vorgesehen ist, so huldigt der Herr Staatsanwalt aus Breslau offenbar der Meinung, daß der Streifbrecher ein höheres Wesen sei als andre Menschen, ja als selbst der Herrgott, und daß seine Ehre in höherem Grade geschützt werden müsse als die Ehre anderer gewöhnlicher Leute. Leider steht er mit dieser Auffassung nicht allein da; denn in allen Gauen unseres lieben deutschen Vaterlandes gibt es Staatsanwälte und Richter, die dem Streifbrecher einen Vorzugschein ums Haupt winden. Doch gibt es auch Ausnahmen.

Vor dem Augsburger Schöffengericht stand einmal ein freier Arbeiter, der beschuldigt wurde, einen Arbeits-

willigen beleidigt und bedroht zu haben. Er sollte vor dem Streifbrecher mit den Worten: „Auf! Teufel!“ ausgespuckt und ihm die geballte Faust gezeigt haben. Der Angeklagte bestritt dies vollen Umfangs, der Streifbrecher hielt aber die Beschuldigung unter Eid aufrecht. In 999 Fällen unter tausend würde man dem Streifbrecher geglaubt und den Angeklagten, ohne eine Miene zu verziehen, schändlich verknurrn haben. Hier aber geschah das Wunderbare: Das Gericht hielt trotz der bestimmten, beeidigten Aussage des Zeugen die Beschuldigung nicht für erwiesen und sprach den Streifenden frei. Mit folgender Begründung: Es ist nicht anzunehmen, daß der Zeuge wissentlich und absichtlich unter Eid die Unwahrheit gesagt hat und es soll ihm der gute Glaube nicht abgesprochen werden. Aber es kommt hier ein eigenartiges, psychologisches (seelisches) Moment in Betracht; denn ein Arbeitswilliger ist sich seiner niedrigen Handlungsweise innerlich wohl bewußt und infolgedessen glaubt er, daß jede Bemerkung und jede Handbewegung gegen ihn gerichtet sei, wenn dies in Wirklichkeit auch gar nicht zu trifft. Er kann deshalb seine Aussage in gutem Glauben beeidigen, aber für das Gericht dürfen sie nicht maßgebend sein.

Das heißt mit andern Worten: Ein Streifbrecher hat immer ein böses Gewissen und er fühlt sich deshalb häufig ohne Grund bedroht und beleidigt, ungefähr wie ein Hund, der ein böses Gewissen hat, schleunigst sich in einer Ecke verkriecht, wenn sein Herr mit einem Stode ins Zimmer tritt, weil er nicht ohne Grund befürchtet, daß er Prügel haben soll.

Diese Urteilsbegründung, die über die Streifbrecher ein geradezu vernichtendes Urteil fällt, beruht die Schafmacher und ihre Presse in eine sinnlose Wut und selbst vor den größten Beleidigungen des betreffenden Antisemitischen schrecken die Schafmacher nicht zurück. Kein Wunder! Denn über einen Streifbrecher geringfügig, wer diesem Geros des Unternehmertums auch nur ein einziges Blatt aus seinem Vorberzehrungs pflicht, der begehrt ein Majestätsverbrechen und verdient gerädert zu werden. Andererseits sind die organisierten Massenbewussten Arbeiter einstimmig der Meinung, daß ein Streifbrecher ein Schädling und ein moralisch minderwertiger Mensch ist. Wo sich die Anschauungen so scharf gegenüberstehen, da verlohnt es sich denn wohl, die Frage einmal gründlich zu erörtern, wie ein Streifbrecher vom Gesichtspunkte der sozialen Moral aus beurteilt werden muß.

Vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus liegt die Sache sehr einfach; denn in wirtschaftlicher Beziehung spielt der Streifbrecher die Rolle des Preisdrückers und Schmutzkonkurrenten, der seine Arbeitskraft dem Unternehmer bedingungslos zur Verfügung stellt und dadurch seine Kollegen hindert, anständige Preise für ihre Arbeitskraft zu erzielen. In unsern modernen Wirtschaftskreisen läßt sich kein Geschäftsmann ruhig gefallen, daß sein Konkurrent ihm die Preise verbirbt und ihm die Erzielung rentabler Preise unmöglich macht. Er sucht sich den unlauteren Wettbewerb in jeder Weise vom Halbe zu halten und kein Mensch nimmt ihm dies übel — nur den organisierten, um höhere Löhne kämpfenden Arbeitern rechnet man es zum Verbrechen an, wenn sie sich bemühen, die Streifbrecher, ihre schlimmsten Schmutzkonkurrenten, beiseite zu schieben.

Vom Gesichtspunkte der sozialen Moral aus liegt die Sache allerdings nicht so einfach. Wenn auch der Streifbruch, die gemeinfache Handlung, die ein Arbeiter begehen kann, nicht genug verächtlich werden kann, so müssen wir doch unterscheiden zwischen Streifbruch und Streifbrechern. Wie ein unparteiischer Richter einen Unterschied macht zwischen einem Verbrecher und dem Verbrecher, indem er bei dem letztern nach den Beweggründen seiner verbrecherischen Tat spürt, so kommt es auch bei der moralischen Bewertung des Streifbrechers wesentlich auf die Beweggründe an, die einen Menschen zum Streifbruch verleiten.

Hier können wir vier verschiedene Ursachen unterscheiden: Die Arbeiter werden zu Streifbrechern — entweder aus Bosheit und niedriger Gesinnung oder aus Dummheit und Gleichgültigkeit oder aus Grobmäuligkeit und mißverstandenen Freiheitsgefühl oder endlich aus Not und Mangel an Existenzmitteln. Diese vier Gruppen von Streifbrechern, deren Handlungsweise in wirtschaftlicher Beziehung allerdings gleich schädlich wirkt, müssen in moralischer Beziehung ganz verschieden beurteilt und in taktischer Hinsicht ganz verschieden behandelt werden. Das weiß jeder denkende Arbeiter, daß zwischen Streifbrecher

und Streikbrecher ein himmelweiter Unterschied ist, und daß man nicht alle Streikbrecher über einen Kamm scheren darf. In den nachstehenden Ausführungen wollen wir nun diese vier Streikbrecherarten einmal unter die Lupe nehmen.

Da treten zunächst die professionellen Streikbrecher auf, jene schrankenlosen Gestalten, die überall aufzutauchen, wo es etwas zu streikbrechern gibt, die sich mit teuflischer Lust auf jede leere Arbeitsstelle stürzen; es sind das jene verlauchten und verlämpften Elemente, die vor jeder ehrlichen Arbeit zurückfliehen, aber sofort zu haben sind, wenn es gilt, ihren streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Bei jedem Streit spielen diese verächtlichen Vurschen eine wichtige Rolle und drängen sich in den Vordergrund; sie sind es gerade, die die Empörung der Streikenden entfachen und Ausschreitungen herbeiführen. Diese Vurschen wissen nämlich ganz gut, daß sie die lieben Kinder des Unternehmertums und die Schützlinge der Polizei sind, denen niemand ein Haar krümmen darf; auf dieses Bewußtsein pochen sie und im Gefühl ihrer Würde als Streikbrecher laufen sie mit geladenen Revolvern auf der Straße herum und bedrohen die Streikenden; weil ihnen der Kamm geschwollen ist, werden sie frech wie eine Straßendirne und nehmen sich die größten Frechheiten heraus. Wenn aber endlich den Streikenden die Galle überläuft und die Frechlinge ihre gehörige Tracht Prügel bekommen, dann verkröchen sie sich ins Maueloch und verstecken sich unter die Fittiche der hochblödsinnigen Polizei. Beim Anblick der Schandtaten dieser Subjekte ist es erklärlich, daß ihnen jeder anständige Mensch die Prügel, die sie dem § 153 der Gewerbeordnung zuwider hin und wieder aufgeschüttet bekommen, so recht von Herzen gönnt.

Aber nicht genug damit, daß diese erbärmlichen Kerle für ihre eigne Person Streikbrecherdienste leisten, bilden sie auch noch eine Werbestruppe, die überall die Trommel rührt und von allen Seiten verlauchten Gesindel zu Streikbrecherdiensten heranzieht. Sie sind die wahren Apostel des Streikbrechertums, die Totengräber der Solidarität, die Vagabunden des Kapitalismus; aus direkter Herzensbosheit gehen sie andere Streikbrecher heran, um mit ihnen zusammen die hoffnungsgrünen Saaten ihrer Klassenbewußtsein Kollegen in Grund und Boden zu stampfen. Würde ein solcher Streikbrecher-Häuptling, gegen den Schindlerhannes noch ein anständiger Kerl ist, einmal seine Lebensgeschichte herausgeben, so könnte er als Motto die Worte darstellen, mit denen der jämmerliche Kerl unter Schillers „Mäusern“, Spiegelberg, seine Erlebnisse auf den Werbefahrten schildert: „Du glaubst nicht, Gottes fichtbarer Segen ist bei mir: war Dir ein armer, hungriger Tropf, hatte nichts als diesen Stab, da ich über den Jordan ging, und jetzt find unsrer achtundsechzig, meistens ruinierte Krämer, registrierte (weggekauft), Magister und Schreiber; das ist Dir ein Korps Kerle, Bruder, deliziose Vurschen, sage ich Dir, wo einer dem andern die Knöpfe von den Hosenschnürn und nur mit geladenen Flinten neben ihm sicher ist. — Und haben vollauf und stehen in einem Remonmee bierzig Meilen weit, das nicht zu begreifen ist. ... Ich weiß nicht, ich muß was Magnetiſches an mir haben, das alles Lumpengesindel auf Gottes Erdboden anzieht wie Stahl und Eisen. ... Siehst Du, mein Sohn, das habe ich so gemacht: sobald ich einmal die Fährte hatte, hängt ich mich meinem Kandidaten an wie eine Kette, laufe Brüderchaft mit ihm und — Notabene! — gefchrei mußt Du ihn halten. ... Wenn der ehrliche Mann einmal aus dem Nest gejagt ist, so ist der Teufel Meister. Der Schritt ist dann so leicht, o so leicht, wie der Sprung von einer Gure zu einer Welschweizer. ... Der Satan mag seine Leute kennen, daß er mich zu meinem Maller gemacht hat.“

Gewissermaßen mit prophetischen Augen, hat Schiller in diesen Sätzen die gewerkschaftlichen Streikbrecher und ihre Werber vorausgeschaut. Das Gesindel, das bei einem Streik zusammenläuft, kann einen Hund jammern. Da ist es denn auch kein Wunder, daß niemand vor solchen Leuten Achtung hat, und daß selbst die Unternehmer nach Verwindung des Streiks froh sind, wenn sie diese Bande vom Halbe los werden; dann erhalten die Hausbesitzer den üblichen Fußtritt und fliegen hinaus, worauf sie sich wieder auf die Lauer legen, bis sich ihnen anderswo eine neue Gelegenheit bietet, ihr edles Handwerk wieder auszuüben. Es ist nun Pflicht der organisierten Arbeiter, jede Gemeinſchaft mit diesen Leuten zu meiden und sie mit Verachtung zu strafen. Ein gewerkschaftlicher Streikbrecher verdient es nicht, daß anständige, ehrliche Arbeiter mit ihm verkehren und mit ihm zusammen arbeiten. Allerdings darf man einem solchen Vurschen die Verachtung nicht so deutlich zu erkennen geben, da er sonst gleich zum Staatsanwalt läuft, aber kein Mensch kann uns zwingen, einen Streikbrecher als Kollegen anzuerkennen und ihn kollegial zu behandeln. Vielleicht kommen diese elischen Gesellschafter dadurch am allerersten zum Bewußtsein ihrer gemeinen Handlungsweise, daß man ihnen bei jeder Gelegenheit den Rücken dreht und sie mit Verachtung strafft.

Ein Brief.

An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt.

Möge es der Leser gütigst vergeißen, daß ich an dieser Stelle einen Brief veröffentlichte, der doch nur Einen anging, den Einzelnen, auf den es nicht ankommt. Wiewohl er ein guter Bekannter von mir ist, weiß ich augenblicklich seine genaue Adresse nicht. Ich weiß nur, daß er in eben dem Augenblick, in dem ich an ihn schreibe, irgendwo zu Hause oder auf dem Bau oder am Stammtisch sitzt und alle hartnäckigen Mahnungen, er möchte doch der Arbeitssache etwas mehr Interesse zuwenden, mit der Bemerkung beantwortet, er sei doch nur ein Einzelner und auf ihn komme es nicht an.

Ich weiß nicht, auf welchem Bau er augenblicklich arbeitet. Aber sicher gibt es dort eine tüchtige Organisation, oder es gibt dort keine. Gibt es eine, dann erklärt mein Freund gewiß, wo so viele andere ohnehin schon tüchtig die Gewerkschaftsarbeit betreiben, sei er vollkommen überflüssig; gibt es aber keine oder nur eine schwache, so sieht ihn das noch minder in der erhabenen Ruhe seines Gemüts; denn er allein — pflegt er zu sagen — würde ja auch nicht das Kraut fett machen.

Ich nenne ihn meinen Freund, denn ihn ziert in hohem Maße eine der schönsten menschlichen Tugenden — die Bescheidenheit. Jede große Bewegung besteht bekanntlich aus lauter „Einzelnen“. Nach den letzten Zählungen stehen in den modernen Gewerkschaften nahezu zwei Millionen Mitglieder! Auch das sind lauter Einzelne, aber von meinem würdigen Freund unterscheiden sie sich dadurch, daß es auf sie „ankommt“, auf ihn aber nicht. Diese zwei Millionen Einzelne haben der ganzen Welt vor der Arbeiterklasse Respekt eingefloßt. In dichten Scharen haben sich die Unternehmer zusammengeſchloſſen, um sie zu belästigen; Kaiser und Minister haben große Reden gegen sie gehalten, man verurteilte sie durch Buchhausgeſetze unſchädlich zu machen oder durch geſchickliche Maßregeln zugunſten der Arbeiterklaſſe umzuſtimmen. Man kann kein Zeitungsblatt in die Hand nehmen, ohne daß man gezwungen wird, sich mit ihnen zu beschäftigen; in das Papier, das über sie verſchrieben worden ist, könnte man den ganzen Erdball einwickeln; die Gelehrten des Staates haben Bücher über sie verfaßt, die, auf einen Haufen gebracht, die Pyramiden überragen würden. So wichtig sind diese Einzelnen und so unendlich fühlt sich mein armer Freund, auf den es nicht ankommt.

Nun sagst du: Es sind ja doch immer bloß die „Führer“, von denen geredet und geschrieben wird, nicht aber die Masse der Einzelnen, nicht die Müller, Schulle und Lehmann. — Schlaupfiff! Wenn diese Müller, Schulle und Lehmann nicht wären, dann würden sich die herrschenden Mächte um die „Führer“ der Arbeiterbewegung gar wenig kümmern. Die Sache liegt gerade umgekehrt, bescheidenere Freund! Gerade die „Führer“ sind die „Einzelnen, auf die es nicht ankommt“ — solange sie nämlich Einzelne bleiben. Nicht auf sie kommt es an, sondern gerade auf dich!

Du magst dich noch so klein machen, noch so sehr hinter deine Arbeitsstätte oder deinen Stammtisch verkriechen, der Weltgeschichte entkommst du doch nicht! Du suchst dich zur Null herabzuwürdigen, aber du bleibst doch eine Eins in der Statistik. Dort wirst du dann ein artiges Klumpchen bilden in der großen Eisentafel, die das Volk an seinem Fuße schleift, der Indifferenz, die in den Reihen derer zum Ausdruck kommt, die sich um die Arbeitssache gar nicht kümmern. Eines Tages wirst du dann, gedankenlos wie du bist, bei den Streikbrechern stehen, die den Kollegen im Kampfe um ihre gute Sache in den Rücken fallen! Und so wirst du zuguterletzt nur noch für Streikbrecheragenten und andere Seelenverkäufer — ein Einzelner sein, auf den es nicht ankommt!

Denn von allen Vorurteilen und Irrtümern, von allen Formen des politischen Überglaubens, ist die Selbstverleinerungssucht des „Einzelnen, auf den es nicht ankommt“, die schlimmste, abscheulichste und gefährlichste. Die Verfassung macht dich zum Staatsbürger — du erniedrigst dich zum Sklaven. Sie erlaubt dir, für deine Ueberzeugung zu kämpfen — aber du sagst: „Danke, ich will lieber feil still bleiben!“ Deine Klassengenossen rufen dich, einzutreten in ihre Kampfzettel — aber du antwortest: „Was hab ich von mir; ich bin doch so unbedeutend!“

Darum bist du der wahre Fluch und das wahre Erbteil der Menschheit! Deinezeitung — denn du bist nicht von heute und gestern, du bist unsterblich — mußten sich die Menschen jahrtausendlang treten lassen, deinezeitung hungern Millionen, an dir und deinem bösen Kopfe sind die Besten, Klügsten, Geistes- der Menschheit gescheitert!

Als sie den Nazarener ans Kreuz schlugen, schickte du hinter dem Ofen und erklärst: „Auf mich kommt es nicht an.“ Als Herzog Alva die Niederlande mit Blut und Mord und dem Geiste der heiligen Inquisition erfüllte, da gucktest du ängstlich durch die Wagenscheiben; denn als Einzelner hättest du die Greuel doch nicht verhindern können. Beim Sturm auf die Bastille bist du — nicht dabei gewesen, in den Märztagen hast du über deine Unbe-

träglichkeit gewimmert und an den Schreden der späteren Reaktion hast du nichts ändern können, weil du der Einzelne warst, auf den es nicht ankam.

Die die Wahrheit suchten und irrten, die das Recht wollten und Unrecht taten, mit geklebten Waffen kämpften und falsche Wege gingen, sind, an dir gemessen, Gelden, Götter, Wohltäter der Menschheit! Denn sie haben gesucht, gewollt, gekämpft und find weitergegangen. Aber du suchst nicht, du fliehst ewig still! Kein Tyrann, kein Ausbeuter, kein Mörder hat je soviel Übel in die Welt gebracht wie du!

Das alles sage ich dir nicht, weil ich hoffe, dich aus deiner Erniedrigung, deiner Hundedemut, deiner Trägheit aufzustacheln. Man hat mit Engelszungen auf dich eingeredet, aber dein einziges Argument ist unerschütterlich und unüberleglich geblieben. Mit dem gleichen Konfall hast du es durch alle Stürme der Weltgeschichte gleichmütig wiederholt. Nicht dich befehlen wollte ich, sondern dir nur wieder einmal die Wahrheit ins Gesicht sagen, die Wahrheit! —

Du aber wirfst dieses Blatt in gemächlicher Ruhe aus der Hand legen und gähnest zu deinem Weibe sagen: „Ach, bin ja doch nur ein einzelner und auf mich kommt es nicht an!“

Ihr andern aber alle werdet tun, was eure Pflicht gegen euch selbst und gegen eure Brüder ist. Sei jeder, was er sein kann: ein freiwilliger Soldat im großen Freiheitskrieg der Menschheit!

Jahrhundertlang ist die Welt im Interesse der besitzenden Klassen regiert worden. Als Einzelne sind die Besitzlosen schußlos aller Willkür und Gewalt preisgegeben, als Masse sind sie eine unüberwindliche Macht, die die Welt in ihrem Interesse regieren wird, sobald sie wollen, sobald ihr Einzelne es wagt, die zu ihr gehören, mit ihr leiden!

Stattet euch zusammen! Ginein in die Gewerkschaften, jeder an die Stelle, an die er gehört! Der Dachdecker zum Dachdecker, der Stuckateur zum Stuckateur, der Bauhilfsarbeiter zum Bauhilfsarbeiter, der Maurer zum Maurer in den Zentralverband der Maurer Deutschlands!

Es lebe die brüderliche Solidarität der Arbeiter aller Länder! Und zum Teufel mit allen Schlafmühen! Ein Einzelner.

Gegen die Unwissenheit.

Es ist eine bezeichnende Tatsache seit dem Bestehen der menschlichen Kultur, daß Bildung und Wissen bei allen Völkern und zu allen Zeiten das Privileg der herrschenden Klassen war. Die Sklaven in dem sonst so feingefügten antiken Griechenland und dem verrotteten Rom wie das niedere Volk in der ganzen mittelalterlichen Welt wurden sorgsam vor jedem Wissen und vor jeder Entwicklung der geistigen Fähigkeiten gehütet. Das Wissen war stets das Privileg weniger, die sich auf Grund dieses Wissens über die unentwickelten Volksmassen zu Herren aufwarfen. Dem Volke gab man dafür die Religion, mit der man es in Demut und Unterwürfigkeit erhielt. Erst die Neuzeit mit der Entwicklung der Naturwissenschaft und der Technik brachte hierin eine Umwälzung. Man mußte das niedere Volk selbst in den Dienst der Technik stellen, und dazu war immerhin eine bestimmte Summe von Wissen erforderlich. Die Nation, die neben der unentwickelten Technik auch die intelligenteste Arbeiterkraft hatte, konnte darauf rechnen, aus dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt als Siegerin hervorzugehen. Deshalb in erster Linie kam man in Deutschland im vorigen Jahrhundert zur Einführung der obligatorischen Volksschule, und deshalb wird auch heute noch von einem Teil der industriellen Kapitalistenklasse die Entwicklung und Steigerung dieser Volkskräfte durch Einführung von Fortbildung- und Gewerkschulen gefordert. Für die Industrie ist die Entwicklung und Steigerung dieser Volkskräfte bis zu einem gewissen Grade eben notwendig. Dem Junker und Großbauerntum wie der Kirche ist allerdings dies bishigen Wissen schon äußerst un bequem, und auch die industrielle Kapitalistenklasse will den Arbeitern kein Jota mehr als das zu ihrem Zweck absolut erforderliche Wissen einräumen. Am liebsten möchte man die Volksschule ganz abschaffen. Weil das nicht geht, sucht man wenigstens den Unterricht aufs äußerste zu beschränken und ihn durch eine möglichst große Dosis Religion und vaterländischer Gesinnung „un gefährlich“ zu machen. Dem Volke kommt angeblich das Wissen nichts, sondern bringt ihm nur Verderben.

Es ist selbstverständlich, daß diese Behauptung der herrschenden Klassen nichts als eine billige, der Furcht um ihre Herrschaft entspringende Ausrede ist, gebraucht zu dem Zweck, den Aufstieg und die Eröffnung der Arbeiterklasse aus den Banden der Armut und Unwissenheit unmöglich zu machen. Gaben doch die herrschenden Klassen selbst allezeit Wissenschaft, Gesetz, Recht, Politik, Kunst und Religion als Waffen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gebraucht. Da müßten denn die Arbeiter mehr als töricht sein, wenn sie nicht bestrebt wären, das ihnen von den herrschenden Klassen vorenthaltenen Wissen aus eigener Kraft zu erringen, um mit seiner Hilfe die Herrschaft der Herrschenden einzuschränken und später zu brechen. Darüber find sich ja die meisten Arbeiter klar, daß die Herrschaft einer kleinen Zahl Privilegierter auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, sondern daß das Volk selbst je früher desto besser zur Leitung seiner Geschicke berufen werden muß. Und auch darüber, daß dies in um so idealer Weise möglich ist, je höher die Gebildetheit des Volkes steht, herrscht bei aufgeklärten Arbeitern kein Zweifel. Diese allgemeine Bildung ist geradezu eine Voraussetzung der Volksherr-

schaft, und deshalb ist es auch selbstverständlich, daß die modernen Arbeiterorganisationen ihr möglichstes zur Verbreitung dieses Wissens beitragen. „Wissen ist Macht!“ Nach diesem Grundsatz handeln die modernen Arbeiterorganisationen. Neben und mit den materiellen Vorteilen, die sie für ihre Mitglieder erringen, waren sie stets bestrebt, die Arbeiter auch in ideeller, in geistiger Beziehung vorwärts zu bringen. Daß das außerordentlich schwierig ist, weiß jeder Kenner der Arbeiterverhältnisse. Wer am Tage für den Kapitalismus frondet, der ist am Abend gemeist müde und abgepannt und es gehört neben guten geistigen Anlagen schon eine außerordentliche Kraft, ein großer Wille oder eine starke Neigung zum Wissen dazu, um sich zu jenem Wissen emporzuarbeiten, über das die „Gebildeten“ der bestehenden Klassen nach jahrelangem Hochschullstudium verfügen. Jene bestehenden Klassen haben deshalb auch kein Recht, über die Galt- und Pseudobildung der Arbeiter zu witzeln, um so weniger, da sie es gerade sind, die den bildungsungrünen Arbeitern die größten Schwierigkeiten in den Weg legen. Aber auch diese Leute werden nicht bestreiten können, daß die Arbeit der Gewerkschaften und der Arbeiterorganisationen überhaupt in hohem Maße fruchtbringend war, daß sich das geistige und moralische Niveau der Arbeiterschaft ganz bedeutend gehoben hat. Um diesen Fortschritt zu erkennen, braucht man nur aufgestellte, moderne, wissenschaftliche Arbeiter mit den oft stumpfen, blöden und fieselnunachtsamen Arbeitssklaven aus Gegenstand, in denen der Gegen der Organisation, noch nicht gewirkt hat, zu vergleichen.

Es ist gewiß nicht die Schuld jener Menschen, daß ihnen jedes höhere geistige Interesse fehlt, daß sie das Glück nicht kennen, das Wissenschaft und Kunst dem geistig regsamsten Menschen bieten. Sie sind von früher Jugend auf dazu erzogen, stumpf und blöde das Joch zu tragen, das Staat und Kirche ihnen auferlegt, und es ist bezeichnend, daß sie ihr Unglück meist im Kauf des Fufels ersaufen, daß sie im Alkohol das Glück ihres Lebens suchen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß sich in unsern Organisationen nicht auch noch Leute, wie die eben charakterisierten, befänden. Im ganzen aber ist unbestreitbar eine Besserung eingetreten, und wenn auch unsere Organisationen noch lange keine ethischen Zirkel sind, sondern Interessenvertretungen, die in erster Linie für die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter kämpfen, so ist doch unbestreitbar, daß sie den Arbeitern außer der materiellen Besserstellung auch einen ganz bedeutenden geistigen Aufstieg brachten. Jeder ehrliche Volksfreund, ganz gleich, welcher Partei er angehört, müßte sich dessen freuen. In Wirklichkeit aber wird dieser Aufstieg der Arbeiterschaft von den heute herrschenden Klassen mit Haß und größter Verfolgung verfolgt. Allerdings nicht ohne Grund. Es ist, wie wir schon oben sagten, die Furcht um ihre Herrschaft, was die heute herrschenden Klassen dazu treibt, das Volk auf möglichst niedriger Bildungsstufe zu erhalten. Unwissende, stumpfsinnige Massen lassen sich am leichtesten regieren. Erachtet das Volk zu freiem, selbständigem Denken und Handeln, kommt das Wissen, über das diese Klassen kraft ihrer Geburt und ihres Reichthums verfügen, ungeschmälert dem ganzen Volk zugute, dann ist es mit der Herrschaft der Herrschenden bald vorbei. Deshalb stellen diese Klassen alle ihnen zu Gebote stehenden Mächte in ihren Dienst, um einen weiteren Aufstieg der Arbeiterschaft zu verhindern. Insbesondere die Kirche ist es, die entgegen den christlichen Geboten, die Dienerin der herrschenden Klassen spielt, die im Verein mit diesen bestrebt ist, die Köpfe der Arbeiter zu verkleinern und jede freie Regung des Volkes zu unterdrücken. Haben aber die herrschenden Klassen Ursache, das Volk auf niedriger Bildungsstufe zu erhalten, so hat umgekehrt das Volk desto mehr Ursache, sein Wissen so viel wie möglich zu bereichern und seine Bildung zu steigern. Dies gilt auch für unsere Kollegen, die hier und dort noch die Meinung vertreten, daß das „Wissen“ für die Arbeiter höchst überflüssig sei, daß es genüge, wenn der Arbeiter etwas lesen, schreiben und rechnen könne. Was sonst von einem utopischen Junkerthum und dem extremsten katholischen Pfaffenstump aus Schaden der Arbeiterschaft gefordert wird: bei den rückständigsten der rückständigen Arbeiter findet diese Forderung eine Stütze. Und nicht nur für sich selbst lehnen solche Arbeiter die Aneignung des über den allernotwendigsten täglichen Bedarf hinausgehenden Wissens ab, nein: auch für ihre Kinder halten sie die Aufnahme jedes über ihren eignen Horizont hinausgehenden Wissens für überflüssig und schädlich. Und leider sind es nicht nur in der Organisation junge Kollegen vom Rande, bei denen ja mit Rücksicht auf ihre Erziehung, ihre Erfahrung und ihre ganze Lebensweise eine solche Anschauung noch zu entschuldigen, wenn auch selbstverständlich niemals zu billigen wäre, nein, auch großstädtische Kollegen hörten wir oft mit Entrüstung davon sprechen, daß ihre Kinder in den Volksschulen solch unnützes Zeug — womit sie nicht etwa die Religion meinten — lernen müßten. Wer tritt man solchen Kollegen gegenüber den Standpunkt, daß ein Mehr an Wissen für die gesamte Arbeiterschaft nur gut sein kann, dann bekommt man zuweilen geradezu haarsträubende Ansichten zu hören. Und doch ist es so, daß das gesteigerte Wissen und die gesteigerte geistige Kraft der Arbeiterschaft der Hauptfaktor für deren Aufstieg aus den Banden der Knechtschaft ist. Deshalb war die Arbeiterschaft jahrhundertlang verachtet und getreten, weil sie nicht über die geistigen Fähigkeiten verfügte, um sich gegen die andern Klassen wirksam wehren zu können. Nicht die materiell körperliche Kraft ist es ja in erster Linie, die im Wettstreit der Klassen die Herrschaft behält, sondern die überragende geistige Kraft wird im Kampfe um die Macht den Sieg abontagen. Wäre es anders, dann müßte ja die Arbeiterschaft als die materiell weitaus stärkste schon längst im Besitze der Herrschaft sein. Wie ein geistig indifferenten Mensch im Meinungskampf gegen einen Gebildeten stets hilflos ist, so muß auch eine ganze Klasse geistig indifferenten Arbeiter einer geistig hochstehenden Klasse gegenüber hilflos bleiben. Deshalb muß sowohl jeder einzelne Arbeiter, wie die Arbeiterschaft als Ganzes an der Vermehrung des Arbeiterwissens das größte Interesse haben, und es zeugt von einer unglaublichen Rückständigkeit, wenn Arbeiter heute noch gegen das

minimale Wissen rebellieren, das die heutige Volksschule den Kindern bietet. Wir haben es schon oben gesagt, und es ist von andern schon unzählige Male gesagt worden, daß Wissen Macht bedeutet. Wer wollte leugnen, daß mit der steigenden Intelligenz der Arbeiter auch ihr Einfluß auf allen Gebieten des Lebens steigt? Unter dem geistigen und ökonomischen Aufstieg der Arbeiterschaft muß bereits die Herrschaft der heute herrschenden Klassen zusammenbrechen.

Aber nicht nur aus politischen Gründen und nicht nur für eine spätere Zeit bedarf die Arbeiterschaft eines gesteigerten Wissens, nein: auch im täglichen Leben, im Kampf zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist für die Arbeiter ein gesteigertes Wissen von größtem Vorteil. Menschen, die Erfahrung besitzen und die die Dinge um sich herum beurteilen instand sind, werden größere Ansprüche an Leben stellen und im Kampf zuverlässigere Streiter sein als durch ihre Unwissenheit schwerfällige Arbeitermassen. Auch werden geistig hochstehende Arbeiter einmal erregende Vorteile nicht so leicht wieder preisgeben, sondern sie selbst unter Opfern mit großer Energie verteidigen. Sie werden sich selbst achten und deshalb auch vom Unternehmertum mehr als jene Kreaturen geachtet werden, die dumm und stumpf den Tag verleben und die sich vom Tiere eigentlich nur durch die Sprache unterscheiden. Schließlich soll nicht vergessen werden, daß Glück zu erwählen, das Menschen empfinden,

Platos Ochsen.

Der weise Plato ging einmal
In einem großen Wiesental
Wohl unter allerlei Disputieren
Mit einem seiner Schüler spazieren.
Sie kamen an eine Rindviehherde,
Die mit den Köpfen auf der Erde
Vort an dem schlechten, verschlammten Gras
Mit vieler Mühe satt sich fraß.
Verwundert blieb der Schüler steh'n:
„Sieh, Meister, dort brühen, die Trift, wie schön,
Und hier das Futter schlecht und morschig,
Und doch verschlingt das Vieh es so hastig.
Siehst du denn nicht brühen auf weiter Flur
Die üppigste, krautreichste Natur?
Warum wohl geht's nicht zum Besseren fort,
Das hält es gebannt an diesen Ort?“
„Mein Sohn“, sprach Plato, „sieh' den Grund
Dort in dem schwarzen Hirtenhund,
Der will es einmal durchaus nicht leiden,
Daß diese Tiere wo anders weiden.
Kam tendet es sich nur von der Stelle,
Erhebt der Schwarze ein leises Gebelle,
Gährt wütend an das vermessene Tier
Und tut, als wollt' es's verschlingen schier.“
Der Anabe schüttelt den Kopf und spricht:
„Kann denn aus dieser Erde nicht
Das schwächste Tier nach Lust und Belieben
Zehn solcher Klaffer beiseite schieben?
Läßt man das Käthel, du weiser Mann,
Deshalb nur ertragen sie Licht und Bann?“
„Ich will es dir sagen, du lieber Kind:
Deswegen, weil sie — Ochsen sind!“

die sie erheben über des Alltags lichtloses Einerlei. Nicht damit soll sich der Arbeiter begnügen, daß er sich quält und schindet sein Leben lang: er soll er streben aus dem Dunkel zum Licht, aus der Knechtschaft zur Freiheit, aus Not und Sorgen zum sonnigen Glück. Wie jede Pflanze emporstrebt der Sonne entgegen und jede Blume zum belebenden Licht, so strebe auch der Arbeiter dem Licht und der Sonne zu.

Gelb.

Immer und überall, wo Massenbewußte Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage kämpfen, war das Unternehmertum betroffen. Den Reichen der kämpfenden Arbeiter deren eigne, indifferente Klassengenossen gegenüberzustellen. Sie waren es, die den Unternehmern ihre Siege erringen oder doch die Siege der kämpfenden Arbeiter möglichst erschweren sollten. Aber während sich früher die Unternehmern im allgemeinen darauf beschränkten, bei Ausbruch von Streiks Umschau nach jenen überzeugungs- und charakterlosen Subjekten zu halten, die schamlos genug waren, ihren eignen, kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen, sind sie seit mehreren Jahren eifrig bestrebt, jene „nützlichen Elemente“ zu festen und bleibenden Organisationen zusammenzuschließen, um sich so vom vornherein vor Streiks und andern unliebsamen Vorkommnissen zu schützen. Bestanden haben freilich ähnliche Vereine auch früher schon, aber sie blühten nie. Seitdem in den Verborgenen und waren sich wohl nur in den seltensten Fällen ihrer „großen“ Mission und ihres eigentlichen Zweckes bewußt. In Vergessung und allerlei Ränke, Hülfe- und Aufzuchtvereine wurde der „Geist der Zufriedenheit“ und der „Liebe zum Arbeitgeber“ gepflegt, und dadurch für diesen Gang von selbst eine getreue Eskorte geschaffen. Aber nach dem „Ruhm“, in der großen Öffentlichkeit als das zu gelten, was sie in Wirklichkeit waren, geizten wohl die meisten jener Vereine sicherlich nicht.

Als im Jahre 1899 in Frankreich Streikbrecher die von den Streikenden eingeworfenen Fenster ihres Bureau-
lokals mit gelbem Papier verklebten, dürfte denselben wohl

kaum der Gedanke gekommen sein, daß die Farbe dieses Papiers später zur Lieblingsfarbe aller organisierten Streikbrecher und Streikbruchorganisationen werden würde. Diese Streikbrecher waren die ersten, die mit „Gelb“ den Namen „Gelbe“ trugen, einen Namen, den der Sohn geprägt hatte und der Verachtung bei allen anständigen Menschen ausliefte.

Inessen ist ja nichts so schlecht, daß es nicht Anhänger und Nachahmer fände, und so fanden auch die gelben Organisationen ihre Nachahmer, besonders in Frankreich, Deutschland und der Schweiz. In Frankreich war es der Gründer der „Gelben“, Lanoir, der für ihre Ausbreitung sorgte und der dafür von großindustrieller Seite 100 000 Franc erhalten hatte, sowie später der frühere Sozialist Pierre Dietrie und der Großindustrielle, Warenfabrikant Gaston Bap.

Es ist selbstverständlich, daß eine Organisation, die mit Hilfe und mit dem Gelbe von Unternehmern gegründet ist, keine Interessenvertretung der Arbeiter sein kann, und es ist nur zu begreiflich, daß die Leiter der Gelben auf neue das alte Evangelium von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ predigten. Demgemäß bestrebt auch die „Nationale Föderation der Gelben Frankreichs“ aus Arbeitern, Unternehmern, Landwirten, ländlichen Arbeitern, Sanbverfeinerungen usw., die alle an dieselbe Waise ihre Beiträge begahlen. Es ist nur logisch und entspricht durchaus der Zusammensetzung dieser Organisation, daß sie den Streik als Waffe zur Verbesserung der Lage der Arbeiter prinzipiell verwirft, den Streikbruch dagegen als Tugend feiert. Und so ist denn das Programm, daß sich die Gelben Frankreichs im Laufe der Zeit geschaffen haben, ein ausgeprochenes Streikbruchprogramm. „Verwerfung aller Streiks, welche nicht einen ausschließlich beruflichen Charakter haben und deren Notwendigkeit nicht durch Grundsatz der Arbeitgeber nachgewiesen ist“, so lautet sein dritter Punkt. Und im Arbeiterkatechismus der Gelben heißt es ausdrücklich: „Im Prinzip sind die Gelben gegen den Streik“. Den Arbeitern gegenüber tut man freilich so, als ob die gelben Organisationen nicht gegen Streiks überhaupt, sondern nur gegen ungerechte, unüberlegte, ruinöse usw. Streiks sich wandten. Aber durchaus treffend wird dazu in einer Broschüre des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands gesagt: „Wenn der Arbeitgeber die bittenden Arbeiter auf die Straße wirft, dann streiten sie — vielleicht“.

Eigentümlich und auffällig ist es, daß die gelbe Bewegung gerade in Frankreich, in einem Lande mit aller revolutionärer Tradition zuerst festen Fuß fassen konnte. Man muß den Grund dazu in der Eigenart der französischen Gewerkschaftsbewegung suchen.

Das französische Gewerkschaftswesen unterscheidet sich erheblich von unserm deutschen. In Frankreich herrscht der „Syndikalismus“, eine Auffassung, die den politisch-parlamentarischen Kampf der Arbeiter verwirft und die Gewerkschaften mehr als sozial-revolutionäre, denn als wirtschaftliche Kampforganisationen betrachtet. Die Aufgabe der Gewerkschaften sieht diese Auffassung weniger in der Gebung der Existenzbedingungen und damit des allgemeinen Kulturzustandes des Proletariats, als in der Verbreitung der sozialen Revolution, die in der Förderung des Massenstreitgebanens und der Revolutionierung der Armee besteht. Diese Auffassung bedingt die Schwäche der französischen Gewerkschaften. Sie verleitet sie ohne weiteres zur Vernachlässigung der praktisch-wirtschaftlichen Reformtätigkeit, die aber unerlässlich ist zur dauernden Organisation größerer Arbeitermassen. Statt dessen arrangiert man „große Bewegungen“, Generalstreiks, direkte Aktionen, Demonstrationen, hält dabei aber glänzende Reden, erregt ein gewaltiges Aufsehen, so daß der Augenstehende die Bewegung für viel stärker hält, als sie tatsächlich ist. Ihre wirkliche Schwäche offenbart sich, sobald die Unternehmer kaltes Blut bewahren und mit der Bewilligung der Forderungen zurückfallen. Eine Weile mag das entfachte Feuer einer ehlischen Begeisterung anhalten; aber sobald die Existenzmittel der kämpfenden Arbeiter aufgebraucht und die geringen Mittel des Syndikats verbraucht sind, dann bricht die ganze, äußerlich so glänzende Bewegung zusammen. Die Begeisterung muß vor dem Machtwort des leeren Magens kapitulieren, die Arbeiter kehren enttäuscht zur Arbeit zurück und die Unternehmer halten eine fürchterliche Musterung, sie üben Rache. Bei den Arbeitern folgt dem Rausche des Latendranges der Rachenhammer einer dumpfen, lähmenden Verzweiflung. Diese Stimmung bereitet den Boden, auf dem die Gelben ihre Giftsaat ausstreuen können. Das stimmt auch mit der Erfahrung überein, die bei der Gründung des gelben Berliner Bauhandwerkersbundes nach dem verlorenen Streik gemacht worden ist. Nur so ist es zu erklären, daß die Gelben in Frankreich zu einer, wenn auch geringen Bedeutung gelangten konnten. Dem bleibt nur noch hinzuzufügen, daß sie auch dort in demselben Umfange an Boden verlieren werden, wie sich die unabhängigen Gewerkschaften, also die Syndikate, die Kampfmaximen der modernen Gewerkschaften zu eigen machen. Daß dazu Hoffnung vorhanden ist, hat der letzte französische Gewerkschaftskongress zu Marseille gezeigt.

Wie liegen nun die Dinge mit den Gelben in Deutschland selbst? Hier ist es den Machern bis heute noch nicht gelungen, all die verschiedenen Vereinen und Organisationen, deren Führer sich teilweise gegenseitig noch selbst bekämpfen, in eine einheitliche Form mit einheitlichem Programm zu bringen. Neben den Vereinen für einzelne Berufe und Betriebe existieren lokale und zentrale „Arbeitervereine“ und „Berufsverbände“, darunter der vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründete „Bund vaterländischer Arbeitervereine“. Aber all die gelben Gelüste haben den mehr oder minder deutlich ausgesprochenen Zweck, als Gegengewicht gegen die modernen Arbeiterorganisationen und deren Bestrebungen zu dienen. Sie werden, ebenso wie ihre französischen Vorbilder, von Unternehmern und andern einflussreichen Gönnern reichlich subventioniert, predigen, wie jene, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und sind prinzipielle Gegner von Streiks. Sie haben, wie es im Statut des Arbeitervereins vom Eisenwerk Nürnberg heißt, „den Zweck, das gute Einbernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern“. Ihre Mitglieder dürfen deshalb keiner Organisation angehören, die bei Streiks oder Ausbesserungen Unterstützung an ihre Mitglieder stellt. Der § 4 des Statuts

der „Freien Vereinigung deutscher Metallarbeiter“ lautet in seinem ersten Absatz:

„Als oberstes Prinzip stellt der Verein an die Spitze, daß seinen Mitgliedern unterstellt ist, sich an Streiks zu beteiligen, die gegenüber den Arbeitgeber als provokatorisch zu bezeichnen sind.“

Und der Reichsverbandssagittator Ernst sagt bei der Gründung des Bundes deutscher Arbeitervereine: „Da die Streiks noch niemals den Arbeitern zum Vorteil gedient haben, so soll der Streik grundsätzlich ausgeschlossen sein. Ein Interessengegensatz besteht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht.“

Als Mittel, die Arbeiter in die gelben Vereine hineinzuholen, dienen allerlei Unterstufungen, Gratifikationen, Prämien und Pensionen, die von den Firmen an die beteiligten Arbeiter oder deren Angehörige und Hinterbliebenen im Falle der „Bedürftigkeit und Würdigkeit“ gewährt werden. Daneben werden zum Teil Festlichkeiten und dergleichen Dinge veranstaltet und so die Arbeiter auf alle nur möglichen Arten — die nichts oder nicht viel kosten — in den Schlummer gewiegt und zur „Zufriedenheit“ und „Liebe zum Arbeitgeber“ erzogen. Dafür lassen sich dann die getreuen Schächler von ihren „Brüthern“ geduldig scheren und leihkammeln, denn — zu bekommen haben sie in ihren eignen Vereinen so gut wie gar nichts. Der § 21 des Statuts des „Freien Vereinigung deutscher Metallarbeiter“ ist dafür ein geradezu klassisches Zeugnis. Er lautet:

„Es gibt volle und nicht vollstimmberedigte Mitglieder. Vollstimmberedigt sind alle Gründer des Vereins, sowie diejenigen volljährigen Mitglieder, die dem Verein drei Jahre hindurch ununterbrochen angehört und während dieser Zeit dauernd Beiträge geleistet, auch sonst ihre Verpflichtungen dem Verein gegenüber erfüllt haben, oder denen vorher vom Gesamtvorstand das Stimmrecht verliehen worden ist. Minderjährige haben überhaupt kein Stimmrecht. Nicht vollstimmberedigt sind alle Andern.“

Der § 22 bestimmt, daß über die Wahl zu Vorstandsmittgliedern, über Statutenänderungen und die Verwendung des Vereinsvermögens überhaupt nur Vollstimmberedigte zu beschließen und zu entscheiden haben. In den ersten drei Jahren haben also nur die Gründer allein, die ja in der Regel die Unternehmer selbst oder deren Beamte sind, über alles Wichtige zu entscheiden. Werden nach drei Jahren auch einige Arbeiter vollstimmberedigt und beizugehen die Gründer von ihnen majorisiert zu werden, so können sie diese „Gefahr“ abwenden, indem sie einigen Vertrauten das volle Stimmrecht „verleihen“. Aber in dem § 22 kommt trotzdem die Angst zum Ausdruck, daß auch diese Vorsichtsmaßregel einmal nicht genügen könnte, daß die Mitglieder zum Klassenbewußtsein erwachen und schließlich das Vermögen selbst zu einem Streik verwenden könnten. Und so bestimmt denn § 22 weiter:

„Hinsichtlich des Zweckes des Vereins und der Bestimmungen über Verwendung des Vermögens können die Satzungen überhaupt nicht geändert werden. Ein dahingehender Beschluß bewirkt sofortige Auflösung des Vereins.“

Man sieht, die Mäcker haben auf alle Fälle vorgebeugt: der Verein muß ein Streikbrecherbündel bleiben; in dem Augenblick, wo er das nicht mehr will, ist er auf Grund des Statuts aufgelöst.

Interessante Einblicke in das innere Leben der gelben Mitgliedsvereine gewähren eine Anzahl Briefe von Rudolf Lebus, dem Hauptmacher der deutschen Gelben, die dieser an Unternehmer und andere Personen seines Schlages schrieb und die als Broschüre für 10 S von Alex. Schilde & Co. in Stuttgart zu beziehen sind. Es werden grelle Schlaglichter auf das Verhältnis des gelben Säuglings und seiner Vereine zu dem Unternehmertum. Wäre es vorher noch nicht klar gewesen, daß diese Vereine nur im Interesse des Unternehmertums gegründet sind — diese Briefe hätten den Beweis dafür allein schon glänzend erbracht. Da wird dem Geheimrat Baare empfohlen, an Stelle der professionellen Arbeitervereine, die immer mehr den christlichen Gewerkschaften nachstreben und deren Organ in echt sozialistischer Manier schreibe und hebe, „ganz allmählich lieber eine gelbe Organisation zu befördern. Das würde ungefähr auf dasselbe hinauskommen, als wenn ein weit ausdauernder Fabrikant seine noch nicht ganz veralteten Maschinen durch moderne Maschinen ersetzt und mit dieser Maßnahme nicht bis zu dem Zeitpunkt wartet wo ihm das Feuer unter den Füßen brennt“. Also die professionellen Vereine sind nicht mehr zuverlässig, geschweige die christlichen Gewerkschaften und so müssen denn im Interesse der Kapitalisten gelbe Vereine geschaffen werden. Aber die Anregung zu einer solchen Gründung darf „keinesfalls“ von dem Arbeitgeber selbst ausgehen. Das wäre ja verdammt. „Bei den Siemens-Werken gab ein Meister einem ihm als zuverlässig bekannten Arbeiter die Anregung. Bei den H. Wolf'schen Werken ging die Anregung vom Leiter des Lohnbureaus aus“. Die Arbeiter müssen den Entschluß zur Gründung eines solchen Vereins selbst fassen, die Anregung dazu kann aber ganz gut von einem unteren Beamten ausgehen“, so heißt es in einem andern Brief. „Die Gründung geht so vor sich, daß drei oder vier Arbeiter ein Statut fertig machen, den Verein gründen, die Satzungen drucken lassen und dann durch Flugblatt zum Beitritt in den Verein auffordern. Dadurch, daß Sie dem Verein eine laufende Beihilfe geben, die gar nicht groß zu sein braucht, gewinnen Sie ein dauerndes Auftrittsrecht über den Verein.“ schreibt der famose „Arbeiterführer“ an den Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken in Dresden. Und in einem Schreiben an den Verband der Baugeschäfte von Berlin heißt es: „Wenn die Arbeitgeber nicht von höheren Gesichtspunkten ausgehen und das Emporkommen der gemäßigten gelben Arbeiterbewegung nach besten Kräften auch finanziell unterstützen, so wird sie eben nicht in die Höhe kommen und die Arbeitgeber werden für ihre Kurzsichtigkeit durch immer neue Kämpfe mit den roten bestraft werden.“ In einem andern Schreiben an den Baumeister Feuer wird diesem anheimgestellt, „geeignete Vereinsleiter (sich heißen -leiter) ausfindig zu machen“, da Buchholz

(der Vorstehende des gelben Bauhandwerkerbundes) wohl nicht der richtige Mann sei. Und so geht es fort. Hier bietet sich der rührige „Arbeiterführer“ an, gegen Errichtung der Meißelstein von den Unternehmern und 10 für jeden Tag einen Agitator nach Leipzig zu senden; dort will er gegen Errichtung der Hagelstein selbst hinführen; dann wieder gibt er den Unternehmern zur Anstellung eines gelben Streikführers seine „teuren“ Vorschläge ufo.

Man sieht also aus den Briefen dieses Mannes, was die Arbeiter von der gelben Bewegung zu erwarten haben. Indessen ist ja zu hoffen, daß die Wichtigtu und Spekulationen dieses Herrn und seiner Geldgeber an dem gefundenen Sinn der deutschen Arbeiterkraft zu scheitern werden. Einen solch günstigen Nährboden, wie in Frankreich, haben die Gelben in Deutschland nicht. Und wenn auch anzunehmen ist, daß ihre Organisationen, insbesondere in der Zeit der Krise Zuwachs erhalten haben, so kann uns das nicht besonders freuen. Wissen wir doch, daß durch den Terrorismus der Unternehmer, die teilweise nur Leute einstellen, die Mitglieder der gelben Organisationen sind oder werden, gar mancher Arbeiter, der sich in größter Not befand, wider Willen in die gelben Vereine hineingepreßt worden ist. Deshalb darf man aber auch erwarten, daß mit dem Eintritt einer besseren Konjunktur bei diesen Vereinen ein Mitgliederrückgang eintritt, während die Massentampfororganisationen, wie immer in solcher Zeit, eine neue Kräftigung erfahren werden.

Bekenntnis.

Von August Winz.

Ich bin kein Herr, kein Fürstentum,
Kein Diener der adligen Meute;
Ich bin ein schlichter Kämpfer für's Recht,
Fürs Recht der armen Leute.

Wer elend ist — ich bin es auch —
Hier ist ein Bundeszeichen:
Ein Bundschuh und ein Birkenstrauch
Zum Schrecken für die Reichen!

Als Zeus die schöne Welt erschuf,
Zat er es uns zum Heile,
Auf daß nach Durst und Durst
Die Menschheit sich d'rin teile.

Er wußte nichts von teurem Brot
Und nichts von Landesfarben,
Nichts von moderner Massennot:
Es sollte keiner darben.

Er wollte, daß die Menschheit sich
In seiner Güte konnte,
Und frei und gleich und brüderlich
Ein jeder leben konnte.

Darum, Ihr Armen, hoch das Haupt,
Ich will Euch Waffen geben!
Euch ward ein heil'ges Recht geraubt,
Das heil'ge Recht auf's Leben!

Trag's, wer's noch länger tragen will,
Wer gähndend sich mag strecken;
Es wird mein Kampfschild grell und schrill
Ihn aus dem Schlafe schrecken.

Doch, wenn zum letzten Sturmeslauf
Einst die Fanfaren klingen:
Heraus mein Schwerdt! Dann hör' ich auf
Zu dichten und zu klingen!

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirkungen der neuen Steuergeetze. — Ausfall auf schlechte Ernte, stetige Steigerung der Lebensmittelpreise. — Aufsehung katholischer Arbeiter gegen das Zentrum. — Ministerkrise in Frankreich. — Sieg der Revolution in Persien.

Die innerpolitische Situation wird natürlich immer noch von den neuen Steuergeetzen und ihren tiefgreifenden Wirkungen auf das ganze wirtschaftliche Leben der Nation beeinflusst. Die Bewegung für die Abwälzung der neuen Lasten, von denen Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr betroffen werden, greift immer mehr um sich. Es handelt sich nicht nur darum, die Verbrauchsabgaben auf die Konsumenten abzuwälzen, worüber einer unserer heutigen Artikel Näheres enthält, auch die sogenannten „Beifsteuern“, die der konservativ-liberale Block gemacht hat, werden, wie das von sozialdemokratischer und liberaler Seite vorausgesetzt worden ist, der Abwälzung unterworfen. So erklärte in der Düsseldorf Stadtverordnetenversammlung Oberbürgermeister Marx, das neue Dividendensteuergesetz stelle eine direkte Belastung der Städte dar. Natürlich wird für diese Belastung die Allgemeinheit der Steuerzahler aufkommen müssen. Die Hausbesitzer klagen, daß sie mit einer stärkeren Belastung des Hypothekarkredits zu rechnen haben. Eine Versammlung bayerischer Hausbesitzervereine hat erklärt, es werde deshalb nötig sein, die Netzen zu steuern! So blüht der „Sehen“ der neuen Steuern in reichster Fülle auf.

Das Volk hat zum Schaden auch noch den Spott. Durch preussische Kreisblätter und konservative Provinzialblätter geht eine Darstellung, wie hoch der Durchschnittshaushalt durch die neuen Steuern belastet wird. Es werden bei gleichbleibendem Konsum 10,50 monat-

lich herausgerechnet. Und es wird dieser Rechnung hinzugefügt: „Wenn dies zu teuer ist, der muß weniger oder geringere Qualitäten konsumieren.“ Das ist kurz und bündig. Man bedenke, welche Rolle 10,50 monatlich — 126 jährlich im Haushalt der „kleinen Leute“, der Arbeiter ufo. spielen! Mit den neuen Verbrauchssteuern erreicht die Summe der auf eine Arbeiterfamilie mit fünf Köpfen entfallenden indirekten Belastung die Höhe von weit über 200 jährlich — ein Betrag, der etwa den fünften Teil eines Jahresdurchschnittslohnes deutscher Arbeiter ausmacht. Ist eine ungerechtere, freibere Belastung als diese denkbar?

Als hätten sich finstere Schicksalsmächte gegen das Volk verschworen, so kommt ein Unheil zum andern. Infolge der fortwährenden ungünstigen Witterung droht ein sowohl quantitativ wie qualitativ außerordentlich geringer Ertrag der Getreideernte und der Futterernte. In großen Teilen des Reiches herrscht bereits Futtermangel, so daß sich die Landwirte zu einer Verminderung der Viehbestände genötigt sehen. Die Fleischpreise steigen unaufhörlich, und die „Allgemeine Fleischzeitung“ prophezeit, daß Fleischpreise zu erwarten seien, die „höher sein werden, als sie seit Jahrzehnten gewesen sind“. Auch die Brotpreise gehen beständig in die Höhe. Und im Zusammenhang mit den Preisen für diese beiden wichtigsten Volksernährungsmittel steigen natürlich auch die Preise aller andern Nahrungsmittel.

Das sind überaus traurige Ausichten für die arbeitenden Klassen. Aber was kümmert ihr Elend, ihre Not die Elemente, die sich berufen dünken, das Schicksal der Nation zu bestimmen und zu lenken? Es sei daran erinnert, daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor einigen Wochen bemühte, der Lebensmittelerhöhung dadurch vorzubeugen, daß sie die Regierung aufforderte, die Getreidezölle und die Zölle auf Futtermittel zeitweilig aufzuheben. Mit Spott und Hohn haben die konservativen und liberalen „Reichsvertreter“ diese Forderung zurückgewiesen. Und Herr v. Bethmann-Hollweg, der damalige Staatssekretär des Innern und jetzige Reichskanzler, erklärte, daß die verbündeten Regierungen entschlossen seien, an der unter Zustimmung der agrarischen Mehrheit des Reichstages eingeführten Wirtschaftspolitik festzuhalten.

Daß auch die neue Steuermacht in ganz außerordentlichem Maße dazu beiträgt, die Arbeiter auf den rechten Weg im politischen Kampfe zu bringen, lehrt der Ausfall der Reichstagsersatzwahl im pfälzischen Wahlkreis 12 u. 13. Der verstorbene Vertreter des Wahlkreises, der „nationalliberale“ Abgeordnete Schellhorn-Wallbüsch, hatte sowohl im Jahre 1907 wie im Jahre 1908 in der Stichwahl gegen den Zentrumskandidaten sein Mandat errungen. Im Jahre 1907 entfielen auf den nationalliberalen Kandidaten, der zugleich vom Bund der Landwirte aufgestellt war, 14 613, auf den des Zentrums 8767 und auf den sozialdemokratischen Kandidaten 6340 Stimmen. Jetzt erhielten die Liberalen 8857, das Zentrum 1129, der Bund der Landwirte 2088 und die Sozialdemokratie 8884 Stimmen. Die Stimmen der Liberalen und des Zentrums haben demnach bei der jetzigen Wahl im zweiten pfälzischen Kreise ab, die der Sozialdemokratie zugenommen, und zwar um nahezu zweitausend Stimmen. Der sozialdemokratische Kandidat kommt mit dem Liberalen in die Stichwahl, die am 30. Juli stattfinden soll. Dieses Resultat ist die erste Quittung der Arbeiter für die von dem Schnapsheld und von der Regierung dem Volke aufgebürdete Steuerlast. Möge die Stichwahl diese Quittung mit dem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten verbollständigen. Der Liberalismus hat die Niederlage ebenso verdient wie die Konservativen und das Zentrum. Es sei nur nicht vergessen, daß die liberalen Fraktionen des Reichstages gemeinsam mit den Konservativen und dem Zentrum für die 400 Millionen Mark indirekter Steuern eintraten. Der Block ging ja lediglich an der „Beifsteuerfrage“ in die Brüche! Die Liberalen haben also gar keine Ursache, sich jetzt zu enttäuschen über die verhängnisvollen Wirkungen der neuen Verbrauchsabgaben. Nur eine Partei hat grundsätzlich ehrlich und energig die neuen Steuergeetze bekämpft, die Sozialdemokratie.

Aus der katholischen Arbeiterkraft mehren sich die Stimmen gegen die Haltung des Zentrums in den Steuerfragen. Diese Haltung verurteilt in einer Versammlung in Mingolsheim in Baden der Landtagsabgeordnete Dr. Schöber zu rechtfertigen. Da erhob sich ein katholischer Arbeiter und erklärte in schlichten Worten, nachdem das Zentrum im Reichstage die Erbschaftsteuer niedergesetzt, habe man keinen Glauben mehr zu seinen Versprechungen, wonach es die Besitzlosen mit Steuern schonen wolle. Auch beim Tabak habe die Partei ihre Versprechungen nicht gehalten. Darauf versuchte es ein anderer Abgeordneter, der Baron v. Mengingen, mit einer Verteidigung der neuen vermehrten Steuer auf Tabak und der Zoll-erhöhungen die Sache ins gleiche zu bringen. Aber da erhob sich wiederum ein christlicher Arbeiter und erklärte:

Die Arbeiter hätten zu den adligen Zentrumskandidaten auch kein Vertrauen mehr.

In Frankreich ist das bisherige Ministerium zurückgetreten, da es in einer Marineangelegenheit die Mehrheit der Kammer gegen sich hatte. Der Vorgang fordert zu Vergleichs heraus: Dort geht die Regierung, wenn sie die Mehrheit der Volksvertreter gegen sich hat; bei uns übt die Haltung des Parlaments gar keinen Einfluß auf die Amtsdauer der Minister aus, es sei denn, daß die Junker bei der Opposition sind. In diesem Unterschied offenbart sich, wie weit das deutsche Volk noch von einem entscheidenden Einfluß auf die Leitung seiner Geschichte entfernt ist. Das neue Ministerium unterscheidet sich nur wenig von dem alten: An Stelle des früheren Ministerpräsidenten Clemenceau ist der unabhängige Sozialist Briand getreten, ein Mann, der früher auf den internationalen Sozialistenkongressen die Idee des Generalstreiks verteilte, sich dann aber zur Regierungsfähigkeit durchmanövrierte und schon unter Clemenceau Justizminister war. Neben ihm werden die Sozialisten Millerand und Viviani dem neuen Ministerium angehören. Diese Männer werden natürlich an der Spitze eines kapitalistisch organisierten Staatswesens keine sozialistische Politik treiben können; was sie tun könnten, wäre die Einführung einer Politik sozialer Reformen, wie sie auch unter der Herrschaft des Kapitalismus möglich wäre. Aber auch das werden sie voraussichtlich nicht tun, weil die bürgerliche Mehrheit des französischen Parlaments es nicht liebt. Denn diese Gesellschaft ist trotz ihrer von Humanität und Gerechtigkeit tiefenden Reden besonders in sozialer Hinsicht sehr reaktionär. Die sozialistischen Parteien beurteilen darum auch den Eintritt von Sozialisten in die Regierungen, weil sie davon eine Diskreditierung der sozialistischen Grundfänge befürchten. Sie betonen, daß ein solcher Eintritt erst dann zulässig ist, wenn die Zusammensetzung der Volksvertretung eine ernsthafte Reformpolitik ermöglicht. Das französische Volk könnte wohl eine solche Vertretung haben, wenn es die intellektuelle Reife hätte, eine solche zu schaffen.

In Persien hat endlich die Revolution gesiegt. Dort hatte der Schah mit Hilfe der russischen Bajonette einen Umsturz der früher einmal gewählten Konstitution bewerkstelligt, hatte die Angehörigen des Parlaments gefangen und teilweise mordend lassen. Die dagegen rebellierenden Volksmassen haben jetzt endlich nach langem Kampfe gesiegt und ihren „König der Könige“ abgesetzt; er hat sich unter russischem Schutze in die Krim geflüchtet. Sein Nachfolger, ein Enkel des Schahs, der vor zwölf Jahren, als aus den Reußen der Revolutionäre einen Regenten erhalten. Jetzt haben die Perser mehr politische Rechte als die Preußen!

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregeln, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes);

Schleswig-Holstein:

Horst (Streik), **Eckernförde** (Aussperrung), **Ellen** (Sperre über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.), **Oldesloe** (Sperre über Meyer aus Segeberg), **Büchelsdorf** (Sperre über Schmidt in Kasdorf);

Hecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf);

Brandenburg:

Bad Schönlitz (Aussperrung), **Lehmin** (Sperren über Koeber, Horn, Jacob in Lehmin und Wendt in Götz), **Fürstenwalde** (Sperre über Pätzsch bei den Arbeiten der Firma Pintsch), **Berlin** (Differenzen im Putzergewerbe);

Pommern:

Pyritz (Streik), **Treptow a. d. Rega** (Sperre über Paul Wittke), **Bergen a. R.** (Sperre über Rudolf Wahl in Binz), **Wolgast** (Sperre über Peters in Lützensdorf), **Swinemünde** (Sperre über den Kirchenneubau in Ostwinde);

Ost- und Westpreußen, Posen:

Saalfeld (Sperre über Brosowski), **Bromberg** (Sperre über Krätschmar), **Lötzen**, **Rawitsch**, **Schlochau**, **Lyk** (Differenzen);

Königgr. Sachsen:

Leipzig (Sperre über K. Bernhardt, Möckern, Blumenhals), **Mülsen** (Sperren über E. Meier, Ortmannsdorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), **Borsdorf** (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitzsch), **Zittau** (Sperre über Hüske in Weigsdorf), **Bautzen** (Sperre über Scheibe), **Frankenberg** (Sperre über den Unternehmer Winkler), **Chemnitz** (Sperren über Thieme und Haupt in

Jansdorf, Walter in Adorf und Bost in Neukirchen), **Gottelba** (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Coswig, **Wettin a. d. S.** (Streiks), **Halle** (Sperre über Ifland in Passendorf), **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt), **Schkeuditz** (Sperre über Reiwand);

Schlesien:

Jaer, **Landeshut**, **Militsch** (Streiks), **Bunzlau** (Sperre über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.);

Thüringen:

Schlotheim, **Tambach** (Streiks), **Arnstadt** (Sperre über O. Gressler), **Wölfs** (Sperre über Hoffmann);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Buxtehude, **Harburg**, **Goslar**, **Holzmissen** (Aussperrungen), **Ahlten b. Lehrte**, **Walsrode**, **Neuhans a. d. E.**, **Lingen**, **Badbergen**, **Kirchwehe** (Streiks), **Sulingen** (partieller Streik), **Hannover** (Sperre über die Firma Berger & Co. aus Bromberg), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerks), **Osterode** (Sperre über Ronneberg in Windhausen), **Vechta**, **Brinkum**, **Burgdorf** (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Viersen, **Velbert**, **Heiligenhaus**, **Tönisheide**, **Hilden**, **Ahlen-Bork-Stein** (Streiks), **Saarbrücken a. Umg.** (Aussperrung), **Minden** (Sperre über Ackmann in Obernkirchen), **Düsseldorf** (Sperre über Riese), **Melmerzhagen** (Differenzen);

Hessen-Waldeck:

Biebesheim, **Korbach** (Streiks), **Bad Soden** (Sperre über den Unternehmer Christian), **Büttelhorn** (Sperre über Kuhlmann und Kraus), **Hersfeld** (Sperre über Tomporz);

Bayern:

Würzburg (Aussperrung);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Pforzheim (Streik), **Karlsruhe** (Sperre über Ludwig Beck in Etlingen);

Friesenleger:

Berlin (gesperrt sind die Bauten folgender Subunternehmer und Firmen: Dörr bei Hamdorf, Meyer, Gronski & Beiersdorf, Bösch bei Rosenfeld, Wolf & Bielefeld bei Villoroy & Boch, Palm, Schachtzki & Mellin), **Cöln a. R.** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **Mülheim-Ruhr** (Sperre über Möhlenbrück & Mathis), **Nürnberg** (Sperren über Ostertag & Herbst und über den Zwischenunternehmer Freudenberg), **Coblenz** (Sperre über Caspari).

Isolierer und Steinhölzleger:

Cöln (Sperre über die Korkelthwerke), **Chemnitz** (Sperre über Ziegeler & Fritzsche), **Hamburg** (Aussperrung), **Berlin** (Sperre über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).

Oesterreich:

Komotau, **Rosbach**, **Weipert** (Streiks).

Schweiz:

Winterthur (Streik), **Bern** (Differenzen);

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Jena und Emden haben unsere dortigen Kollegen den Vorstoß verhängt.

Aus einer russischen Enklave.

Unser liebes deutsches Vaterland hat eine ganze Anzahl von Orten, die zeitweilig den Eindruck hervorgerufen, man befände sich in Rußland, und die öffentlichen Organe wären gerade dabei, die „Ordnung“ wieder herzustellen. Man sollte sich darüber nicht mehr aufregen, weil man sich nachgerade daran gewöhnen haben sollte. Erst vor wenigen Wochen bot uns die Stadt Worms ein solch russisches Bild, jetzt giebt Pforzheim den Blick auf sich.

Die Leser sind bereits darüber unterrichtet, daß unser Kollege Fortier am 19. Juli dort verhaftet wurde. Mit ihm noch mehrere andre, Streikende und Leute, die mit dem Streik und seinem Dumm und Dumm nichts zu tun haben. Die Polizei griff zu es war ihr gleichgültig, wen sie sah, nur den Unternehmern ging es aus dem Wege. Denen tat sie nichts, wenigstens nichts Uebles. Wie sich's gebührt in Deutschland, von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Welt. Kollege Fortier ist am 21. Juli, nachmittags 4 Uhr, wieder entlassen worden, nicht aus besserer Erkenntnis, sondern weil die Arbeiter nicht ohne ihn zu den Verhandlungen gehen wollten, die das Stadthaupt — endlich — anzubahnen sich überwand. Die Polizei hat sich auch über Fortiers Verhaftung ausgesprochen, allerdings erst zwei Tage später. Sie berichtete:

„Die Gewaltthatigkeiten der Streikenden wollen kein Ende nehmen. Am 19. d. M. mittags kamen vier Arbeiter aus Bühlertal hier an, um im Auftrag des großherzoglichen Forstamtes im Gehäuswalde Dohlen usw. zu reparieren. Dies war der tiefsten Streikleitung signalisiert worden; denn vor der Bahnsteigpforte rodeten sich etwa 30 Streikende und eine Menge sonstiger Anhänger unter der Führung des Mannheimer Gaultiers zusammen, entziffen den vier Leuten Werkzeug und Gepäck, umringten sie und suchten sie mit in ihr Lager zu nehmen. Als einer dieser Arbeitswilligen, ein älterer Mann, sich dagegen wehrte, wurde er von dem Gaultier an der Brust gepackt, an das Wägenende gedrückt, während ein anderer Streikender mit erhobenem Schwert ihm

mit Schlägen drohte. Einer der Arbeitswilligen flüchtete in den Hof, die andern wurden fortgeschleppt in eine Wirtschaft. Der Herr Gaultier wurde von der Bahnpolizei festgenommen und ins Gefängnis getan, ebenso noch mehrere seiner Genossen. Das Gericht scheint einen Paragrafen für die Gewaltthatigkeiten gefunden zu haben, denn sowohl der Gaultier als die übrigen Beteiligten wurden seit der Festnahme nirgend mehr gesehen. Es fanden noch weitere Verhaftungen wegen Widerstands gegen die Polizei und Störung der öffentlichen Ordnung und Ruhe sowie Verleumdung statt und der Standfuß dauerte bis in die Nacht hinein.“

Das ist der Vorgang durch die Polizeibrille gesehen und durch Polizeifingern beschrieben. Aber selbst dies Nachwerk kann die Wahrheit nicht ganz bändigen. Fortier wurde verhaftet, während er ruhig im Lokal saß. Er hat keinen bedroht, keinen mißhandelt, sondern hat getan, was nur der Polizei und auch nur der in den russischen Enklaven als unerlaubt gilt; er hat die ankommenden Leute davon unterrichten wollen, daß man in Pforzheim streikt und daß ein ehrlicher und anständiger Arbeiter dann nicht nach Pforzheim zur Arbeit kommt. Von zünftiger und zünftiger Seite wird uns über die Vorgänge geschrieben:

In Pforzheim schienen am Anfang der letzten Woche die streikenden Maurer bestrebt zu sein, jeder Schugmann machte beliebige Jagd darauf. Wie bereits in der letzten Nummer kurz mitgeteilt, wurde auch Fortier verhaftet. Der Vorgang spielte sich so ab: Fortier erwiderte am Bahnhof den um 12 Uhr 42 Minuten eintreffenden Zug von Karlsruhe, um den Kollegen Philipp abzuholen. Philipp kam nicht. Dafür waren aber zwei Maurer mit zugeworfen. Fortier redete ihnen davon am Bahnhofspfad an und zwar mit den Worten: „Kommt mit mir, ich will mit Dir reden.“ Im selben Augenblick wurde Fortier bereits von einem Schugmann angebrüllt: Lassen Sie die Leute gehen, Sie haben die Leute garnicht angereizt! Fortier erwiderte: Es ist mein Recht mit den Leuten zu reden, daran lasse ich mich vom Schugmann nicht hindern. Der Schugmann schreie immer ärger, sodaß die Leute zusammenliefen. Die Zuschauer waren über das Verhalten der Schugleute empört, es erfolgten einige Zurufe. Darauf nahm der Schugmann einen Mann fest und brachte ihn zur Polizeiwache. Fortier ging mit den Zugereisten in eine Wirtschaft und sprach dort in der ruhigen Weise mit ihnen über den Streik. In etwa fünf Minuten säumten drei Schugleute in das Lokal, zwei besetzten die Ausgänge und der Dritte forderte Fortier auf, mit nach dem Bezirksamt zu gehen. Dort wurden die Personalien festgelegt und in etwa einer Viertelstunde sah Fortier trotz seinem Protest im Gefängnis. Die Bemühungen des Rechtsanwalts um sofortige Freilassung hatten keinen Erfolg. Erst am nächsten Tage wurde Fortier vernommen. Gegen alle Erwartung erließ der Untersuchungsrichter einen Haftbefehl. Dagegen wurde Beschwerde beim Landgericht erhoben. Am selben Tage noch erfolgte dann eine förmliche Jagd auf die Streikenden. Etwa 50 Mann wurden festgesetzt; Maurer hatte man jedoch sehr wenig erwischt, Goldschmiede, Dachbeder, Fabrikanten usw. waren die Leidtragenden. Sogar einige Herren vom Rathhaus sollen dabei gewesen sein. Die Jagd geschah wohl nur zu dem Zweck, damit die Unternehmer ihre Diebarger ungehindert in die Stadt bringen konnten. Leider ist es zur Tatsache geworden, daß Diebarger in größerer Zahl Streikbrecherdienste leisten. Wenn der heidenmütige Kampf der Pforzheimer Kollegen im letzten Augenblick schließlich ohne Resultat beendet werden muß, so fällt dies auf Konto der Diebarger. Von unparteilicher Seite war der Oberbürgermeister ersucht worden, Verhandlungen anzubahnen. Diese fanden statt. Die Maurer verlangten, daß Fortier an den Verhandlungen teilnehme. Der Rechtsanwalts und der Kollege Bernhard verhandelten dieserhalb mit dem Staatsanwalt. Es erfolgte dann auch am Mittwoch die Freilassung. Bei den Verhandlungen ist, obwohl sie schon drei Tage dauern, noch kein Resultat erzielt worden. Durch die Diebarger sind die Pforzheimer Unternehmer übermüdet geworden, sie fühlen sich bereits als Sieger. Am Freitag, 23. Juli, nahm eine Riesenerammlung zu den Polizeileuten Stellung. Das gesamte Material soll der sozialdemokratischen Landtagsfraktion übergeben werden.

Bei Schluß des Blattes wurde uns mitgeteilt, daß die Verhandlungen gescheitert sind, der Kampf in Pforzheim geht also weiter!

Gau Bremen.

Der Streik in Wiesmoor ist am 20. Juli mit vollem Erfolg beendet worden. Die Firma Bosman & Knauer hat einen Vertrag mit unseren Kollegen abgeschlossen, der die neuen einhaltspflichtigen Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 60 Pf. vorsieht. Gleichzeitg sollen auch die Lohngestehnisse verbessert werden. Die Firma Schumacher aus Leer, die dort gleichfalls einen Bau ausführt, hat sich bisher noch nicht zur Verhandlung bereit erklärt. Unsere Kollegen von Leer haben aber trotzdem die Arbeit wieder aufgenommen und erklären, daß die Firma gleichfalls 60 Pf. pro Stunde zahle, aber sie arbeiten zehn Stunden. Daß dies unzulässige Verhalten bei den übrigen Kollegen Erbitterung hervorruft, ist nur zu begreiflich, um so mehr, als die Firma Bosman & Knauer 50 Kollegen und die Firma Schumacher nur sechs bis sieben Kollegen beschäftigt. Die Sperre über das Geschäft Schumacher bleibt bestehen und die aus Leer dort Arbeitenden werden, wenn sie nicht einsehen lernen, als Streikbrecher zu betrachten sein. Ihr Verhalten ist um so bedauerlicher, als die in Frage kommenden Kollegen Verbandsmitglieder sind. Der Vertrag mit der Firma Bosman & Knauer gilt bis zum Schluß des Jahres 1910.

In Singen und Badbergen dauert der Streik un-
verändert fort.

Einem schönen Erfolg haben auch, unsere Kollegen in der
Zustelle Steuern des Zweigvereins Delmenhorst zu ver-
eignen. Von neun Unternehmern haben acht die Forderung
auf 5 1/2 Lohnerhöhung befragt annehmen. Der Lohn be-
trägt 6 1/2. Neben das Gehalt des Unternehmers Logemann
in Handwerkskammer ist noch die Sperre verhängt. In Sude,
ebenfalls eine Zustelle des Zweigvereins Delmenhorst, haben
unser Kollegen gleichfalls eine Lohnzulage von 5 1/2 gefordert.
Eine Verhandlung am 24. Juli hat zu keinem Ergebnis geführt.
In Kirchweh, Zweigverein Bremen, sind unsere
Kollegen am 26. Juli in den Streik eingetreten.

In Brinkum haben am 24. Juli Verhandlungen statt-
gefunden, die aber zu keinem Ergebnis führten. Am 29. Juli
soll weiter verhandelt werden.

Gau Eöln.

Aus Crefeld-Werfen schreibt man uns: Durch die
hintergegangene Presse geht eine Notiz, nach der der Streik der
Maurer und Bauführer in Wierfen beendet ist. Diese Notiz ist
falsch. Es kann weder von einer Ver-
handlung mit den Unternehmern, noch von einer Be-
endigung des Kampfes die Rede sein. Derselbe wird viel-
mehr in aller Eile weitergeführt werden, bis man den
Bauarbeitern annehmbare Zugeständnisse macht; denn es
wird nachgerade Zeit, daß auch in Wierfen menschenwürdige
Zustände geschaffen werden und der Unternehmervillwille
ein Riegel vorgelegt wird. Wir ersuchen die Kollegen
allerorts, etwaige Streikbrecher durch Zeitungen und
Agenten an die Leitung in Wierfen, Gladbacherstraße,
Restaurant Grünwald, mitzuteilen.

Aus dem Zweigverein Siegen wird berichtet, daß die
Bauwerke über die Firma Rinn aus Siegen an der
Seil- und Fliegenanfertigung in Herborn nach siebenwöchiger
Dauer aufgehoben worden ist. Am 19. Juli fand zwischen
dem Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes
und den Vertretern des Zentralverbandes der Maurer
Deutschlands unter Beisein des Herrn Rinn eine Sitzung
statt. Das Resultat der Sitzung war, daß Rinn die mit
der Firma Rinn im Mai vereinbarten Lohnsätze auch
für sich anerkennt. Der Stundenlohn beträgt mithin für
Maurer bis zum 30. September 48 1/2 (bis jetzt 45 1/2),
1. Oktober bis zum 31. Dezember 49 1/2 und vom 1. Janu-
ar 1910 an 50 1/2. Bauarbeiter erhalten 10 1/2 weniger.
Für Überstunden werden 10 1/2, für Nacharbeit 50 pSt.
und für Sonntagsarbeit 100 pSt. Zuschlag bezahlt. Die
tägliche Arbeitszeit beträgt in diesem Jahre 11 und im
nächsten Jahre 10 1/2 Stunden. Der Vertrag läuft so lange,
wie die jetzt übernommenen Arbeiten an der Seil-
und Fliegenanfertigung dauern. Entstehende Streitigkeiten
werden von den Verhandlungsstellen der Arbeiter und Unternehmer
untersucht und geschlichtet. Im übrigen gilt der Arbeits-
vertrag für Mitteldeutschland. Der Ausgang der Bauwerke
hat wieder gezeigt, daß die Arbeiter durch Eingetretene man-
gelfähigkeit erreichen können. Nur dem geschlossenen Vor-
gehen der Streikenden und ihrer Ausdauer ist es zu danken,
daß der Streik in vollem Umfang gewonnen wurde.
Während sich doch auch die Bauarbeiter bei den Herborn-
Unternehmern einmal aufraffen und mit den dort
üblichen Hungerlöhnen aufkommen. Jetzt müssen sie, weil
sie nicht organisiert und nicht einig sind, für 6 bis 8 1/2
pro Stunde oder 4 1/2 pro Woche billiger arbeiten als bei
den Unternehmern, wo wir gestreikt haben. Es ist deshalb
an der Zeit, daß die Maurer und Bauarbeiter von Herborn
und Umgebung ihre Gleichgültigkeit und Aengstlichkeit über-
winden, daß sie Mut fassen und eintreten in die Zentral-
verbände der Bauarbeiter.

Gau Frankfurt a. M.

Aus Mainz wird uns geschrieben: In Kreuznach
sind die Maurer und Bauführer in eine Lohn-
bewegung eingetreten. In einer gemeinschaftlichen Mit-
teilerungsverammlung der Maurer und Bauführer
referierte Werner (Bauführer) über die wirtschaft-
liche Lage der Maurer und Bauführer, die er als
die traurigste im ganzen Gebiete bezeichnete. Der Lohn-
unterschied sei gegenüber anderen Städten der nächsten Um-
gebung sehr groß, aber auch die Gleichgültigkeit der Kollegen
dem Verbands gegenüber. Wenn die Bauarbeiter ihre
wirtschaftliche Lage verbessern wollten, dann müßten sie
vereint an die Türe der Arbeitgeber klopfen und das ver-
langen, was ihnen not tut. In früheren Jahren sei von
den Kollegen in Kreuznach schon gesagt worden. Sätten
die Kollegen schon früher den Wert der Organisation er-
kannt, so brauchen wir heute nicht mehr für solche erbärm-
lichen Löhne zu arbeiten; denn bei einem Stundenlohn
von 30 1/2 für Bauführer und 25 1/2 für Maurer sei
kein Kollege imstande, seine Familie anständig zu ernähren.
Um die teuren Lebensmittel sowie die teuren Mieten für
elende Arbeiterwohnungen zahlen zu können, sei ein be-
deutend höherer Lohn erforderlich. Wenn die Bauarbeiter
sehr zur Organisation halten, werden die Unternehmer der
Macht der Arbeiter bald nachgeben müssen. Dann sprach
Kollege Lehn über die Lohnbewegung. Er schilderte, wie
es durch die Schuld der Bauarbeiter selbst in früheren
Jahren nicht möglich war, höhere Löhne und eine Ver-
besserung der Arbeitszeit herbeizuführen, weil sie immer
wieder in der Organisation nicht standhielten. Zum dritten
Male werde nun der Versuch gemacht, endlich eine Ver-
besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizu-
führen. Nun sollten die Bauarbeiter zeigen, daß sie auch
ernstlich gewillt sind, dieses Vorhaben tatkräftig durchzu-
führen. — Nach lebhafter Debatte wurde einstimmig be-
schlossen, dem Unternehmer am Krankenhausneubau am
22. Juli Forderungen zuzustellen, die für die Maurer einen
Stundenlohn von 42 1/2 und für Bauführer 57 1/2 und
anstatt der bisher einkündigen Arbeitszeit die zehn-
stündige vorsehen soll. Bis zum 28. Juli soll eine Klärung
erfolgt werden.

Gau Hamburg.

In der Aussperrung in Hamburg und Umgebung ist
insoweit eine Änderung eingetreten, daß der Bauarbeiterverband
die Aussperrung für die Spezialberufe, wie Steinmetzen, Marmor-
arbeiter, Malenmeister, Glaser, Kunststeinarbeiter, Schloffer,
Klempner, Dachbeder, Töpfer und Glaser, aufgehoben hat.

Die Maurer, Zimmerer, Bau- und Betonarbeiter
kleben nach wie vor ausgeperrt. Diese gebent man
durch Heranziehung von Streikbrechern und mit Hilfe der „Freien
Bewegung“ der Maurer Hamburgs (frühere Alfordmaurer)
nützte zu machen. Diese „Freie Bewegung“ hat jetzt bei dieser
Bewegung ihr wahres Gesicht gezeigt. In einem Augenblick,
wo sich die Unternehmer in der größten Verlegenheit befinden,
schließen sie mit ihnen eine Vereinbarung, wonach sich die
„Freien“ verpflichten, für den alten Lohn weiter zu arbeiten.
Sie üben also Verrat an der gesamten Bauarbeiterschaft
Hamburgs nach dem Rezept Rebus'. Denselben Unternehmern,
die sie vor einigen Wochen ohne Grund aufs Pflaster geworfen,
leckt die Gesellschaft den Staub von den Stiefeln, damit sie in
Gnaden zu den alten Bedingungen aufgenommen werden, weil
sie kein Geld mehr in der Kasse haben. Dieser Streik hat
selbst die Sozialorganisierten Bauarbeiter bezogen, zu beschließen,
nicht mehr mit den „freien Männern“ zusammenzuarbeiten. —
Was die Heranziehung der Streikbrecher anbelangt, so sind
bisher drei größere Transporte von Hannover, Berlin und
Magdeburg gekommen. In allen drei Fällen handelt es sich
im großen und ganzen um zusammengelaufenes Gefindel.
Maurer und Zimmerer sind sehr wenig dabei. Ein Streikbrecher-
quartier größerer Stills ist in der „Glasfäbrik“; einem
Speicher in der Glasfäbrikstraße, eingerichtet. Die Hausordnung
gibt einer Zuchtanordnung, und so erleben wir denn, daß
am Montag, 26. Juli, von 130 Mann 86 die Aufnahme der
Arbeit verweigerten. Hierdurch sind 30 sofort abgehoben worden.
Die übrigen verlangen ihre Papiere, die man ihnen vorenthält,
weil sie sich durch die Arbeitsverweigerung des Betrages schuldig
gemacht haben sollen. Nach der Beschreibung der Streikbrecher
sollen die Zustände in diesem Streikbrecherquartier geradezu
ungeheuerlich sein. Wir werden uns deren Schilderung noch
vorbehalten. Also mit den Streikbrechern haben die Unternehmer
bisher noch keine guten Erfahrungen gemacht. Der Arbeits-
willigen Agent ist Müller-Wandsbeck. Er fährt von einer Stadt
zur anderen und hofft aus jeder Stadt einen Transport unter
Verführung der Tatsachen zusammen zu bekommen. Also
Vorsicht!

Als Streikbrecher sind bisher circa 450 Mann inklusive Beton-
arbeiter, Zimmerer und Bauarbeiter tätig. Der Agent Müller
soll zurzeit in der Gegend von Wülshelm am Rhein tätig sein.
Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den Zugzug fern zu halten.
Bewilligt haben bis jetzt 100 Unternehmer, bei denen 800 Kollegen
beschäftigt sind. Zur Kontrolle haben sich gemeldet 2175, davon
sind 1901 Maurer und Malenmeister und 274 Betonarbeiter.
Man lasse sich jetzt durch nichts täuschen, der
Kampf geht weiter und der Zugzug ist so lange
fernzuhalten bis wir ihn in „Grundstein“
freigeben.

Am 19. Juli tagte in Kiel das im Tarifverträge vor-
gesehene Schlichtungsgericht, um eine Entscheidung darüber zu treffen,
ob der an der Schwentine belegene Gutshof Rastorf mit
zum Lohngebiet Kiel gehört. Bei dem Tarifabschlüsse im
Jahre 1908 bestanden die Unternehmer darauf, daß das Lohn-
gebiet für Kiel ganz bedeutend erweitert werden sollte. Unter
anderem wollte man es an der Kieler Förde so weit ausdehnen,
daß die Kanalröhren mit hinein kommen würde, weil die
Unternehmer hierbei die Arbeiten im Auge hatten, die durch die
Verbreiterung des Nord-Offsee-Kanals in Aussicht standen. Ferner
bestanden die Herren darauf, daß das neu aufzuschließende
Industriegebiet an der Schwentine in den Lohngebiet mit ein-
bezogen würde. Im Laufe der Verhandlungen wurden die Unter-
nehmer wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß bei einer Aus-
dehnung in einem solchen Umfang, wie der Arbeitgeberverband dieses
wünsche, unbedingt Kollisionen mit anderen Vertragsgebieten
entstehen müßten. Alle Einwendungen waren vergeblich; die
Unternehmer erklärten, auf ihrer Forderung bestehen zu müssen.
Der Beweggrund war, die Herren wollten an Fährge-
und Überlandlohn sparen. Jetzt, nachdem sich an der Schwentine
die Terrainspekulation schon breit macht, zeigt es sich, daß auch
noch andere Herren — außer den Kieler Unternehmern — profits-
stücken sind. Der Obermeister der Preeger Baumgewerkschaft, Herr
Medlenburg, hat Arbeiten an einem Turbinenwerk, das an
der Schwentine gebaut wird, übernommen. Mit den Unter-
nehmern in Preeg ist der Lohn nur innerhalb der Stadtgrenzen,
oder nicht für die Randgebiete festgelegt worden. Nun reklamiert
unverwundert Herr Medlenburg den Gutshof Rastorf — auf
diesem Gebiet wird das Turbinenwerk gebaut — als Lohngebiet
für Preeg, und zwar deshalb, weil in Preeg der Lohn um 17 1/2
pro Stunde niedriger ist als in Kiel. Mit dieser recht will-
kürlichen Annexion eines Teiles des Kieler Lohngebietes sind
unsere Kollegen in Kiel sowenig wie in Preeg einverstanden.
Aus diesem Grunde mußte schon einmal am 4. Juni die Schlicht-
ungskommission zusammengetreten, um eine Entscheidung in dieser
Streitfrage zu treffen. Die Schlichtungskommission war ein-
stimmig der Ansicht, daß das Gebiet der Rastorf zum Geltungs-
bereich des Kieler Tarifvertrages gehört. Mit dieser Entscheidung
waren die Unternehmer in Preeg nicht einverstanden, weshalb
nun am 1. Juli d. J. eine Schlichtungskommission in Preeg
tagte, wie solche im § 8 des Preeger Vertrags vorgesehen ist.
Diese Kommission in Preeg konnte keine
Entscheidung erzielen. Die Kommission hat anerkannt, daß
das im Bau befindliche Maschinenhaus — circa 20 m von
dem Turbinenwerk entfernt, in demselben Gemeindegebiet —
zum Kieler Lohngebiet gehört. Es wurde ferner beschlossen,
daß zur möglichen Erleichterung der beiden streitigen Punkte eine
weitere Verhandlung stattfinden sollte, an welcher die Kieler
Schlichtungskommission und je ein Vertreter der beiden Zentral-
verbände teilnehmen soll. Die neuen Verhandlungen fanden
in Kiel am 19. Juli statt. Als Verhandlungsleiter fungierte
Herr Dr. Wülfelberg. Der Vorsitzende des Kieler Arbeitgeber-
verbandes, Zimmermeister Frauen, und der Obermeister der
Baumgewerkschaft, Herr Wölke, die die Kieler Gebiets-
erweiterung durchgedrückt hatten, glänzten beide durch Abwesen-

heit. Als Stellvertreter des Herrn Frauen stellte sich Herr
Gurllit, Hauptmann a. D. und Sekretär des Unternehmers-
verbandes „Unterelbe“, vor. Von Verbands der Maurer war
Hugo Rober und für die Zimmerer H. H. Golt als Ausfüh-
rpersonen erschienen. Als besondere Eigenartlichkeit mußte bei
dieser Verhandlung auffallen, daß der Vertreter des Arbeit-
geberverbandes „Unterelbe“ die Sache so darstellte, als ob sich
die Kieler Unternehmer unbedingterweise bereit verschaffen
würden. Auf anderer Seite behauptete man, Herr Golt, meinte
Herr Gurllit, wenn man einseitig den Preeger Unternehmern
auferlegte, in dem streitigen Gebiete Kieler Lohn zu zahlen.
(Wird Herr Frauen sich aber über seinen Vertreter in diesem
Falle freuen?) Die Entscheidung vom 4. Juni enthalte einen
Rechtsirrtum, es sei verkehrtlich der Rastorf Gutshof in
das Kieler Lohngebiet hineingezogen. In Kiel habe man kein
Recht gehabt, einseitig das Lohngebiet festzulegen. Weder die
Einwände, daß der Streik jetzt über einen Lohngebiet geführt
werde, der vor dem Abschluß des Kieler Tarifvertrages als
neutrales Gebiet zu betrachten war, noch die einstimmige Ent-
scheidung der Schlichtungskommission am 4. Juni konnten Herrn
Gurllits Ansichten — die übrigens durch keine Sachkenntnis
getrübt waren — nicht ändern. Die Verhandlungen des Kieler Arbeit-
geberverbandes, die das ganze Unheil heraufbeschworen haben und
die auch am 4. Juni mit dem Arbeiter übereinstimmen, waren nicht
anwesend, um Herrn Gurllit die notwendige Aufklärung darüber
zu teil werden zu lassen, ob das in Frage stehende Lohngebiet
„verkehrtlich“ mit in den Vertrag hineingekommen ist oder nicht.
Eine Einigung wurde unter diesen Umständen nicht erzielt, und
so soll die zweite Instanz der Schlichtungskommission über den
Streitfall entscheiden. Im Arbeitgeberverband „Unterelbe“
scheinen recht viele Versehen vorzunehmen. Nützlich waren
„verkehrtlich“ zwei unserer Kollegen im Vertragsgebiet Jhehoe
eingestellt. Jetzt ist ein ganzer Lohngebiet „verkehrtlich“ in
den Vertrag hineingekommen. Sollte sich der Zentralverband
der Maurer nicht auch versehen haben, daß er mit solchen un-
sicheren Kontrahenten ein Vertragsverhältnis eingegangen ist?

In Eternförde wurde seit dem Monat März mit den
Unternehmern verhandelt, um einen neuen Tarif mit ihnen ab-
zuschließen. Dabei forderten die Kollegen eine Lohnerhöhung
von 5 1/2 pro Stunde. Nachdem die Unternehmer wiederholt
erklärten, die Forderung nicht bewilligen zu können, wurde sie
auf 3 1/2 reduziert. Aber auch dieser reduzierten Lohnforderung
gegenüber verhielten sich die Unternehmer ablehnend. Die Folge
dieser ablehnenden Haltung der Unternehmer war, daß am
15. Juli bei der Firma Reis die Arbeit eingestellt wurde.
Hierauf erfolgte bei den anderen Firmen die Aussperrung der
Maurer, Zimmerer und der im Fabrikarbeiterverband organi-
sierten Bauführer. — Zugzug nach Eternförde ist fern-
zuhalten.

Gau Hannover.

In Walsrode wird die Situation für die Unternehmer
von Tag zu Tag unangenehmer. Die Unternehmer müßten
wohl schon ein freumbisches Gesicht aufsetzen; denn die
drängenden Arbeiten laden ihnen immer mehr auf den Leib,
als da sind: eine landwirtschaftliche Winterkulture, ein Gut-
templerheim, ein größerer Umbau am Amtsgericht, eine neue
Badeanstalt und etwa fünf neue Wohnhäuser; aber sie haben
sich bei ihren hannoverschen Obermännern zu sehr verpflichtet.
Die Haltung der Kollegen ist musterhaft, nicht einer ist den
Verlockungen der Unternehmer gefolgt, alle halten sie treu zur
Sache. Der Kampf, der nun 17 Wochen gedauert hat, wird
so lange geführt, bis sich der Starrsinn der Unternehmer gelegt
hat. Zu unterstützen sind in dieser Woche 13 Kollegen mit
26 Kindern. Der Zugzug ist auf Grund des sehr hohen Interesses
der Unternehmer noch immer stark. So hatten wir am letzten
Mittwoch sieben solcher Zugkollegen fortgeschickt. Doch es die
besten Brüder nicht find, braucht wohl kaum gesagt zu werden.
Aber da die Unternehmer schon froh sind, wenn sie auch nur
solche Elemente aufpassen können, so setzen wir uns sehr daran,
ihnen auch diese fortzunehmen. Immerhin ist dies mit Geld-
kosten bedenklich, was sich vermeiden ließe, wenn die Kollegen
allerorts den Zugzug nach hier fernhielten.

Gau Mannheim.

Die Sperren über die Firma Kiefer & Engel in Karlsruhe
ist mit vollem Erfolg für unsere Kollegen beendet worden. Nach
Etilingen, Zweigverein Karlsruhe, ist der Zugzug fernzu-
halten bei dem Unternehmer Ludwig Wed, weil dieser es
bis heute nicht für notwendig gehalten hat, mit uns einen
Vertrag abzuschließen.

Die Unternehmer des Saargebietes haben ihre Tat-
sachen auch geändert, indem sie die Aussperrung aufgehoben haben.
Natürlich geht der Kampf weiter, unbefriedigt um dies tat-
sächliche Wenden der Unternehmer. Jetzt sind sie nur ständig auf der
Suche nach Streikbrechern und haben sich besonders die Gegend von
Wiesbaden zum Jagdgrund ausgesucht. Welchen Erfolg sie
bisher dabei hatten, zeigt der folgende Bericht unserer Wies-
badener Kollegen, die ihrer Pflicht mit eifrigem und vor-
bildlichem Eifer obliegen. Wenn das überall geschieht, dann
kann der Erfolg unserer kämpfenden Kollegen nicht zweifel-
haft sein.

Sarregebiets.

Seit nunmehr acht Wochen stehen die Saarbrücker Maurer
im Kampfe. Die Haltung der Kämpfenden ist musterhaft;
nicht ein einziger Kollege ist zum Streikbrecher geworden. An
Verfuchen der Unternehmer, unter den Ausgesperrten Knechte
zu werben, hat es nicht gefehlt, doch war der Riese Müßig ver-
gebens. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen die
Bewegungen außerhalb Saarbrückens Grenzen nach Arbeits-
willigen Umschau halten. Diese Arbeit ist aber aufreibend,
und bringt recht häufig zum Schaden auch noch den Spott.
So erging es auch den Herren Maurern hier und dort. So
ging es auch St. Johann. Als Tätigkeitsfeld hatten sich die beiden
Unternehmer Wiesbaden ausgesucht. Hier war die Arbeits-
gelegenheit seit zwei Jahren äußerst schlecht. 500 bis 600
arbeitslose Maurer sollten in und um Wiesbaden zu-
finden sein. Mitre Not hatte in diese Maurer-
familien Einzug gehalten; hier mußte ein Mißgung
gelingen. Also frisch ans Werk! Durch ein im
Wiesbadener Tageblatt aufgelegtes Inserat werden die
arbeitslosen Maurer aufgefordert, ihre Offerten in der Geschäfts-
stelle der Zeitung abzugeben. Auf diese Weise gelangte Herr
Witz in den Besitz von ungefähr 50 Offerten. Die Verbindung
war also hergestellt, jetzt hieß es, handeln. Derselbe wurden
60 Postkarten abgehandelt, die gleichlautend folgenden Inhalt
hatten:

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Bösch u. M. Im Martinwerk in Weimar verunglückte am 18. Juli der Maurer M. Bösch. Mit Hilfe des Laufbands wurde eine etwa 4 cm dicke, einem der Defekte entnommene Platte weiter befördert. Die Platte zerbrach und Bösch, der sich unmittelbar darunter befand, wurde getroffen. Es wurden beide Oberkörper gebrochen; außerdem hat er schwere Verletzungen am Kopf davongetragen, so daß es fraglich ist, ob er — wenn er überhaupt mit dem Leben davonkommt — wieder hergestellt werden kann. Am 21. Juli fiel am Neubau des Brauamperperschen Hauses an der Bongard- und Gochstahne eine Arbeiterin infolge Ausgleitens vom Laufband etwa 8 m tief in die Kellerabföschung. Er erlitt innere Verletzungen und mußte mit dem Sanitätswagen ins Krankenhaus befördert werden.

Danzig. Durch den Einsturz eines alten Giebels, der nicht abgeleitet war, wurden am 17. Juli der Kollege Johann Gronowski schwer und vier andere Kollegen leicht verletzt. Die Sache liegt so: In der Pfefferstraße führt die Berliner Firma Krüger & Laumann einen Neubau auf. Der Giebel des alten anstehenden Hauses ist an manchen Stellen krumm und schief. An den Stellen, wo er in die Flucht des neuen Giebels hineintrat, wurde nur dagegen gemauert, stellenweise soll das neue Mauerwerk nur einen halben Stein stark sein. In der dritten Etage ragte der alte Giebel soweit in den neuen hinein, daß stellenweise 6 bis 10 Zoll abgemessen werden mußten, um den neuen einmüßigen Voll zu bekommen. Der alte Giebel war aber nur 26 cm stark. Es wäre nötig gewesen, bevor man angefangen hätte zu stemmen, den alten Giebel, der nur noch etwa 2 m hoch war, abzusteuern. Aber das tat man nicht. Die Kollegen hatten dann auch kaum einige Schläge getan, als der Giebel auf die Balkenlage des neuen Hauses herabstürzte, die Kollegen unter sich begraben. Dies war am 17. d. M. (Sonntag). Am Montag kam dann auch schon unsere vorzügliche Baupolizei, um die längst verfallene Ursache des Unglücks festzustellen. Sachverständige behaupten auch, daß der neue Giebel überhaupt keinen Halt habe, er sei durch das Überlagern des alten Giebels derart geschwächt, daß er umfallen würde, wenn der alte Giebel einmal abgerissen würde. Was sagt unsere Baupolizei zu solch einer famosen Bauart?

Dresden. Auf dem Neubau des Unternehmers Adam in Reiffa ereignete sich folgender Unfall: Mehrere Maurer und Arbeiter waren damit beschäftigt, die letzte Treppstufe in der zweiten Etage in ihre richtige Lage zu bringen. Aus irgendeinem Unfalle geriet die darunter befindliche Stufe und stürzte, zwei weitere Stufen mit sich reisend, in die erste Etage. Dort wurden ebenfalls fünf Stufen durchgeschlagen, so daß die Kriecher in den Keller stürzten. Die an der Treppe beschäftigten Maurer konnten sich bis auf zwei auf das nebenstehende Gerüst retten und kamen mit dem Schrecken davon, während die beiden mit in die Tiefe gerissen wurden. Einer davon erlitt nur leichte Hautabrisse, während der Maurer Hoffmann zwei Rippenbrüche und mehrere andere Verletzungen davontrug. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, ist noch nicht festgestellt.

Dresden-Altstadt. Am Neubau des Bauunternehmers Grimpe in der Bernerstraße brach am 21. Juli, nachmittags, das Ständergerüst zusammen, wodurch mehrere Maurer und der Polier verunglückten. Die Ursache soll die ungenügende Abstützung sein. Während der Polier und ein Arbeiter mit Verstauchungen davonkamen, erlitt der Maurer Emil Haase Arm- und Rippenbrüche, so daß sich seine Leberverletzung ins Krankenhaus nötig machte. Das Gerüst ist nach dem Unfall sofort wieder aufgebaut und genügend abgeleitet worden. — Dieser Fall beweist wieder einmal, wie nötig auch in Dresden eine Baukontrolle durch Arbeiterkontrollen ist.

Essen a. d. R. Die Baufirma Kleinert & Gaute ist bei der Firma Krupp mit dem Abbruch alter Gebäude beschäftigt. Treppe mit größter Vorsicht gearbeitet wurde, konnte man es nicht verhindern, daß am 16. Juli eine Wand einstürzte und zwei Arbeiter unter sich begrub. Während der eine Verunglückte nur leichte Verletzungen davontrug, wurde der Maurer Joh. Habel am Kopf und Rücken schwer verletzt mittels Krankenwagen ins Krankenhaus überführt.

Ein schlimmes Zeichen. Die königliche Amtshauptmannschaft zu Leipzig hat sich zu folgender Bekanntmachung genötigt gesehen:

Es ist wahrzunehmen gewesen, daß die Vorschriften der Polizeiverordnung der königlichen Amtshauptmannschaft vom 12. November 1900 (mit der durch die Bekanntmachung vom 27. April 1901 bestätigten Abänderung des Punktes 11) über Arbeiterschutz auf Bauten nicht allenfalls befolgt werden.

Die königliche Amtshauptmannschaft sieht sich deshalb veranlaßt, die Polizeiverordnung erneut zu allgemeinen Kenntnis zu bringen und darauf hinzuweisen, daß im Nichtbeachtungsfalle gegen die Säumigen unmissichtlich vorgegangen werden wird.

Wenn sachliche Behörden solche Bekanntmachungen für nötig halten, dann muß es wirklich schlimm mit der Befolgung der Schutzvorschriften aussehen. Wir registrieren diesen Fall als eine Illustration zu der stereotyp wiederkehrenden Behauptung der Berufsvereinigungen, daß alles wohl bestellt sei. Dies behördliche Zeugnis beweist am besten, was es mit der Befolgung auf sich hat und welche Gründe hinter der Befolgung der von uns geforderten Eingangsung der Arbeiter zur Baukontrolle liegen.

Submissionswesen. Recht erhebliche Änderungen im städtischen Submissionswesen hat der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. mit seinen kürzlich erlassenen neuen Ausführungsanweisung für die allgemeinen Bestimmungen für die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen getroffen. Danach sind die städtischen Ämter ermächtigt, bei allen Arten der Vergabe und in jeder Lage des Verfahrens Sachverständige zuzuziehen.

Ist der Wert von Arbeiten und Lieferungen zwischen 5000 und 10.000 M. beantragt, so ist von der Befugnis zu engerer Ausschreibung nur Gebrauch zu machen, wenn besondere Gründe dafür vorliegen. Bei der Auswahl für engere Bewerbung und freihändige Vergabe sollen besonders diejenigen bevorzugt werden, die im laufenden Jahre noch keine oder wenige Arbeiten erhalten haben. Bei öffentlichen Ausschreibungen des Hochbauamts bis zu 5000 M. ist auf weiteres das niedrigste Angebot von der Berücksichtigung auszuscheiden, wenn es einen Abstand von mindestens fünf Prozent von dem nächstbilligsten zeigt. Ferner sind Angebote von der Berücksichtigung auszuschließen, die von Unternehmern eingereicht sind, welche festgestellte Koalitionsrechte ihrer Angestellten und Arbeiter beschränken oder beeinträchtigen, oder die den nach den sozialen Versicherungs-gesetzen ihnen obliegenden Beitragspflichten nicht nachkommen, oder eine im Mißverhältnis zu dem Umfang oder der Art ihres Gewerbebetriebes stehende Anzahl von Beschäftigten halten. — Die Bestimmung über das Koalitionsrecht der Angestellten und Arbeiter ist ein besonders zu begünstigender Fortschritt, von dem wir nur wünschen, daß er auch von anderen Städten und Gemeinden bald nachgeahmt wird.

Für die Ausführung der Maurer-, Asphalt- und Stadtarbeiten am Neuhannhof in Spremberg forderte das Baugeschäft Richard Wittig-Spremberg M. 64.102,23; von den übrigen Submittenten glaubt Baumeister Stendel-Neu-Melsow, dieselbe Arbeit für M. 53.142,38, also um M. 11.140,10 billiger, herstellen zu können.

Mißstände im Baugewerbe.

Ein fändiges Kapitel bilden in unsemr Fachblatt die Klagen unsemr Kollegen über mangelnden Bauarbeiter-schutz und über allerlei Mißstände auf den Bauten. In besondern Berichten wie in Unfall- und Veranlassungs-berichten wird immer wieder sowohl auf die Sachschädigung der Unternehmer und Poliere wie auf die mangelnde Aufsicht der Behörden und was das schlimmste und besorgsamste ist, auf die Gleichgültigkeit unsemr eigenen Kollegen in dieser Frage hingewiesen. Tag für Tag gehen viele Kollegen achlos an den schlimmsten Mißständen vorbei, ohne daran zu denken, wie notwendig deren Abbesserung ist. Hier wird auf Verlangen der Unternehmer oder ihrer Stellvertreter, aber was wohl zuweilen auch vorkommt, aus eigener Bequemlichkeit, die schlimmste Fußarbeit hingestellt, da werden Rüstungen hergestellt, deren Betreten lebensgefährlich ist, dort wieder wird hilflosweinig an Stellen gearbeitet, wo jede Abdeckung und Schutzrüstung fehlt. Wenn dann durch den Einsturz eines Gebäudeteils oder einer Rüstung oder durch Wutur aus schwindelnder Höhe blühende Menschenleben vernichtet oder zu Krüppeln geworden sind, dann bäumt sich bei den Beteiligten bei schweren Unfällen zuweilen auch bei größeren Personentritten — die Empörung über die Mißstände an den Bauten ja schon, dann verlangt man heimlich ihre Abschaffung und Vermeidung gegen neue Unfälle. Bald aber, nur allzu bald, ist solch Angest und Versehen und alles geht dann seinen alten Gang. Im allgemeinen, das muß man leider konstatieren, zeigt die Bauarbeiterschaft für die Verbesserung des Bauarbeiter-schutzes und für die Beseitigung von Mißständen weit weniger Interesse, als selbst für die geringste Lohnerhöhung. Wie ist das möglich, wo es sich doch um Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt? Man wird annehmen dürfen, daß diese Tatsache auf den Mangel an Allgemein-sinn zurückzuführen ist. Jeder glaubt und hofft eben, von einem Unglück selbst nicht betroffen zu werden, an einem eignen Leben und an seiner eignen Gesundheit schaden nicht zu erleiden. Jeder, der an gefährlichen Stellen arbeitet, der die ihn und seine Mitarbeiter gefährdenden Mißstände wohl sieht, aber den Mut oder die Kraft nicht hat, ihre Beseitigung zu verlangen oder sie selbst zu beseitigen, wird sich für eine Person durch möglichsten Vor-sicht vor Schaden schützen, und er wird es seinen Mitarbeitern überlassen, für ihre Person das selbe zu tun. Es ist das ein durchaus verkehrter Standpunkt, weil durch ihn die Gefahren mehr für den einzelnen, weil durch die Allgemeinheit beseitigt werden. Ein unglücklicher Zufall, eine Ablenkung, ein Schritt, und das Unglück ist geschehen. Rein, wo an Bauten Mißstände bestehen, da muß von den Bauarbeitern mit aller Energie die Abschaffung dieser Mißstände gefordert werden. Weigert sich der Unternehmer, die Mißstände zu beseitigen, dann wende man sich an die Bauarbeiter-schutzkommission oder direkt an die Polizeibehörde. Schreitet auch diese nicht gegen die Mißstände ein — was leider häufig genug vorkommt — dann wende man sich an die Öffentlichkeit. Aber niemals bulde man hilflosweinig irgend welche Mißstände auf Bauten, in der stillen Hoffnung, daß einem selbst bei genügender Vorsicht ja wohl nichts passieren werde.

Andere für die Bauarbeiterschaft zwar nicht solch gefährliche, aber nichtbedeutender ebenso betrübliche Mißstände, wie die vorerwähnten, sind die Mißstände, die auf hygienischem und sanitärem Gebiete liegen. Die Bauten und die Aborte lassen sich nicht mehr als alles zu wünschen übrig. Bedingungen in den Verträgen wie: „Die Aborte (hoffen jeder Beschreibung)“ oder: „Abortschmisse“ Bauten halten die Unternehmer für einen überflüssigen Luxus“ zeigen dies recht deutlich. Daß solche Mißstände bestehen, ist um so bedauerlicher, als es sich hierbei meistens um Verhältnisse von Zuständen handelt, die durch frühere Kämpfe der Organisationen erst auf eine einigermaßen menschenwürdige Höhe gebracht worden waren, und deren Erhaltung unsemr Kollegen sowohl durch die Tarifverträge, wie durch die baulich-polizeilichen Vorschriften zugesichert ist. Lassen unsemr Kollegen auf diesem Gebiete unwürdige Zustände einziehen, dann brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn die Unternehmer mit Verachtung auf sie herabsehen. Und die Unternehmer haben in solchen Fällen ein Recht zur Verachtung, denn Menschen, die ihre eigne Würde so niedrig einschätzen, daß sie mit allem, was ihnen der Unternehmer bietet, zufrieden sind, Menschen, die hilflosweinig ihre erpflanzten Rechte preisgeben, haben keinen Anspruch auf Achtung. Wer mit unwürdigen Zu-

ständen zufrieden ist, der muß es sich gefallen lassen, selbst unwürdig behandelt zu werden! Und deshalb haben unsemr Kollegen in ihrem eignen Interesse und im Interesse der Organisation alle Ursache, sich auf den Bauten energisch gegen alle Mißstände zu wenden, ganz gleich, auf welchem Gebiet sie liegen.

Im Anschluß daran mag hier eine Fußnote aus W. d. o. i. g. erwähnt werden, die sich ebenfalls gegen Mißstände im dortigen Baugewerbe richtet. Soweit sich die Fußnote mit der Fußnote, den schlechten Rüstungen, den erbärmlichen Bauten und Aborten beschäftigt, ist sie durch die vorstehenden Ausführungen erledigt. Dagegen soll die kritische Würdigung eines andern Mißstandes, der auch an einzelnen andern Orten zum Teil verbreitet ist, hier Platz finden. In der Fußnote heißt es darüber:

Ein weiterer Mißstand ist die sogenannte Fußnote, d. h. das Nach-Feierabend-arbeiten auf eigne Rechnung. Bis in die Nacht hinein arbeiten die Kollegen bei Haus-leuten usw. für einen erbärmlichen Stundenlohn. Sie bringen sich dabei selbst herunter und machen den Unternehmern und sich selbst eine schmutzige Konkurrenz. Eine zehnstündige Arbeitszeit reicht doch vollständig aus, um die Kraft eines Maurers aufzuheben. Es ist unbefriedigend, daß eine tägliche neun- bis zehnstündige Arbeitszeit der Intensivität der Arbeit förderlicher ist, als eine durch Fußnoteverlängerungen auf 15 bis 16 Stunden erhöhte. Deshalb wird man es auch begreifen, daß mancher Unternehmer, der rechnen kann, erklärt, er wolle lieber an Dresdner Maurer 7 1/2 Stundenlohn zahlen, als an hiesige die Hälfte. Die Maurer der Großstadt verfahren es eben, nach ihrer durch eigne Kraft verkürzten Arbeitszeit noch etwas andres zu tun. Sie benutzen die freie Zeit zur Erholung und zu ihrer geistigen Fortbildung. Ihre ganze Arbeitskraft gehört dem Unternehmer. Die hiesigen Maurer dagegen stellen dem Unternehmer nur einen Teil ihrer Kraft zur Verfügung, während sie ihm mit dem andern Teil Konkurrenz zu machen suchen.

Das ist in der Tat ein großer Mißstand, unter dem die Arbeiter nicht weniger als die Unternehmer leiden. Was nicht da die Verkürzung der Arbeitszeit, wenn es hinterher Mode wird, daß die Kollegen nach Feierabend auf eigne Rechnung die Arbeitszeit desto mehr verlängern? Mit welchem Recht wollen die Kollegen Lohnerhöhungen vom Unternehmertum fordern, wenn sie selbst für wahre Grundpreise den Unternehmern die Arbeit wegnehmen? Es ist doch ein nutzloses, widersinniges Beginnen, auf der einen Seite höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu fordern, und auf der andern Seite die Löhne selbst herabdrücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Deshalb wird es Zeit, daß die Kollegen dort, wo solche Dinge noch üblich sind, endlich damit aufhören. Die kürzere Arbeitszeit, die wir erstreben, soll allen unsern Kollegen zugute kommen. Sie sollen die erreichte Freizeit benutzen, um nach des Tages Lasten Menschen zu sein, um sich klar zu werden darüber, daß das Leben noch einen andern Zweck hat, als zu arbeiten und zu schlafen, daß das Leben im höheren Sinne eigentlich erst nach beendeter Arbeit beginnt.

Gewerkschaftliches.

*** Compers in Deutschland.** Der Präsident der American Federation of Labor, Samuel Compers, bereift gegenwärtig Europa. So war er in England, wo er an einigen Tagungen gewerkschaftlicher Organisationen teilnahm, in Holland, Belgien und Frankreich. Jetzt weilt er in Deutschland, von wo er später nach Paris gehen wird, um an der internationalen Gewerkschaftskonferenz teilzunehmen. Am 24. Juli war Compers in Hamburg und sprach am Abend in einer Zusammenkunft hamburgischer Gewerkschaftsfunktionäre. Er drückte seine Freude über die Fortschritte aus, die die Arbeiterkraft seit seinem etwa 15 Jahre zurückliegenden Besuch Hamburgs gemacht habe. Damals hätte man nur heimlich in einem kleinen Lokal tagen können, heute weile er in einem prächtigen Gewerkschaftshaus und man brauche die Zusammenkunft nicht mehr zu verheimlichen. Ebenso rühmte er die gewerkschaftlichen Werke der hamburgischen Arbeiter. Dann sprach er über das Gewerkschaftsleben Amerikas. Dabei bemühte er sich besonders, die dortigen Methoden verständlich zu machen, die die deutschen Gewerkschaften ablehnen. „Wir amerikanischen Arbeiter“, so ungefähr sagte Compers, „hüten uns davor, die gewerkschaftliche Organisation mit Partei- oder Religionsfragen zu belasten. Wir vertreten das reine Arbeiterinteresse und bemühen uns, in diesem Streben alle Arbeiter zusammenzuführen. Ist uns das auch noch nicht gelungen, so kommen wir ihm doch immer näher und werden dabei nicht durch solche unnatürliche Gebilde gehindert, wie es die christlichen, katholischen und die irdisch-menschlichen Gewerkschaften sind, die nur unter der Feind, der Kapitalismus, begraben kann.“ Die viel angesehene Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten behandelte er gleichfalls. Es sei zu berücksichtigen, daß Amerika das Sammelbecken des Abflusses aller Nationen ist. Die bedürftigen Chinesen und Japaner seien für den Kapitalismus keine so dringende Gefahr wie für die Arbeiter, deren wirtschaftliche Errungen-gaben von ihnen bedroht würden. Im übrigen werde viel Unaberes über die Handhabung der Einwanderungs-gesetze berichtet. Das sei schließlich nicht ungerecht, wenn man verlange, daß die Einwanderer wenigstens in ihrer eignen Sprache eine Zeile lesen könnten, damit sie nicht jeder Möglichkeit des Fortkommens ermangelten. Manche Staaten schoben ihre Verbredner und Geistestanten nach Amerika ab und das könne sich doch kein Volk gefallen lassen. Wenn er, Compers, bestimmen sollte, wovon die Zulassung abhängig zu machen sei, so würde er sagen: „Wit du ein vollberechtigtes Mitglied der Gewerkschaft deines Landes, so tritt ein. Die amerikanischen Gewerkschaften tragen der internationalen Solidarität wohl Rechnung, aber sie haben ihre Grenzen, und über die hinaus keine Arbeiter-schaft, auch nicht die deutsche, gehen. Die Erfolge der wirtschaftlichen Kämpfe seien nicht unbedeutend. So hätten die Bergarbeiter schon vor zwölf Jahren durch einen großen Streik die achtstündige Arbeitszeit und 83 1/2 p. ct. Lohnerhöhung erreicht. Die achtstündige Arbeitszeit sei schon sehr verbreitet. So hätten sie die Bauarbeiter vollständig, die Maschinenisten mit wenigen Ausnahmen, und für

diese gelte die neunstündige Arbeitszeit. Die Schriftsteller hätten teilweise schon die siebenstündige Arbeitszeit, denn für sie sei der Achtstundentag nicht die Grenze. Die kaufmännischen Geschäfte hätten den sechs-, in manchen Städten den fünf- und sechsstündigen, an Sonnabenden schließe man die Läden im Sommer um 12 Uhr mittags und Sonntags werde überhaupt nicht geöffnet. Gewiß gebe es auch in Amerika noch viel Not und viel Ungerechtigkeit, aber man müsse es den Gewerkschaften lassen, daß sie mit Kraft und Ernst fechten, Fortschritte zu erzielen. Dann besprach Gompers die Steuerkämpfe in Deutschland, besonders die Wirkung der Tabaksteuer, die er als ruiniös bezeichnete. „Auch wir haben Gesehe, die den Arbeiter schwer schädigen, aber solche Gesehe, wie dies über die Tabaksteuer, würden bei uns keinen Befürworter finden.“ Zum Schluß folgte Gompers, daß er gekommen sei, um den Anschluß der amerikanischen Gewerkschaften an das internationale Gewerkschaftssekretariat zu fördern. „Sie seien willens, mit den europäischen Arbeitern zusammenzugehen, nur machten sie zur Bedingung, daß man ihnen nicht vorschreibe, wie sie in ihrem Lande vorzugehen haben. Ihre Lattist müsse die Arbeiterkraft jedes Landes selbst festlegen. Nach dem Vortrage beantwortete er noch einige Fragen, wobei er gegenüber einem Genossen, der von der „kontinentalen Arbeiterbewegung“ gesprochen hatte, mit bedeutungsvollem Lächeln bemerkte: „Auch Amerika ist ein Kontinent!“ — Wir wollen wünschen, daß der Besuch Gompers den Anschluß der amerikanischen Gewerkschaften an unsere Internationale zur Folge hat.

Soziales.

Soziale Rechtspredigt.

* **Müssen Arbeiter als „Mindwich“ tituliert werden?** Ja! Es ist zwar unglücklich, daß so etwas im Jahre 1909 noch möglich ist, aber das Gewerbegericht Augsburg hat so entschieden.

Der § 124 der Gewerbeordnung gibt den Arbeitern das Recht, sofort und ohne Kündigung die Stellung zu verlassen, wenn der Arbeitgeber sich grobe Verleumdungen gegen sie auszulassen kommen läßt. Der Unternehmer, der durch dieses Verhalten die Aufhebung des Arbeitsvertrages veranlaßt hat, ist nach § 628 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, dem Arbeiter den hierdurch erwachsenen Schaden zu ersetzen. Gestützt auf diese gesetzlichen Bestimmungen, haben zwei Arbeiter gegen einen Unternehmer geklagt, der sie durch die Bemerkung: „Mit diesen Mindwichern kann ich nicht formidieren“, beleidigt hatte, worauf sie die Arbeit einstellten. Das Gewerbegericht Augsburg, vor dem diese Streitigkeit verhandelt wurde, hat den Klageanspruch abgewiesen und in der Urteilsbegründung ausgeführt, daß das Gericht nicht zu der Überzeugung gelangt sei, daß der Ausdruck „Mindwich“ einem Arbeiter gegenüber eine grobe Verleumdung involvierte.

Man hat sich bis jetzt geistert, den Gewerbegerichten nachzusagen, daß sie klammheimlich treiben. Werden solche unglückliche Urteile wie das obige öfter gefällt, dann wird man diese Scheu getrost abtun müssen. Was soll denn das heißen: „einem Arbeiter gegenüber“? Damit wird doch ausgesprochen, daß man gegen Arbeiter andere Rechtsgrundsätze gelten läßt, als gegen Angehörige anderer Klassen. Was würden wohl die Richter sagen, wenn wir hier behaupteten, ein solcher Spruch könne nur von „Mindwichern“ gefällt sein?

* **Kann ein Tariffchiedsgericht Geldbußen verhängen?** Diese für die Gewerkschaften außerordentlich wichtige Frage wurde kürzlich sowohl von der Schlichtungskommission für das Porzellan- und Keramikkleingewerbe in Offenbach am Main unter dem Vorsitz des Regierungsassessors Schneider, als auch vom Zentral-Tariffamt dieses Gewerbezweiges unter dem Vorsitz des Magistratsrates Dr. Schulz in Berlin bejaht. Die Schlichtungskommission in Offenbach verhängte über einen Unternehmer eine Geldstrafe von 100, wovon 50 an die Kasse der Unternehmerversammlung und 50 an die Kasse des Verbandes der Gattler und Porzellaner zu zahlen sind, weil dieser Unternehmer den am 1. Juli 1908 eingeführten Tarif nicht eingehalten hat. Ein anderer Unternehmer hatte aus demselben Grunde 100 zu zahlen und wurde außerdem noch verurteilt, an sechs Arbeiter die Klage erhoben hatten, 181,68 zu zahlen, um die sie sich geschädigt fühlten, weil der Unternehmer Arbeitskräfte ohne ihre Mitwirkung festgesetzt hatte. Das Zentral-Tariffamt nahm an, daß gemäßgesetzte Arbeiter, gleichgültig, ob sie gekündigt oder sofort entlassen werden, von dem Unternehmer, der die Maßregelung vorgenommen hat, auf die Dauer bis zu 14 Tagen Entschädigung in der Höhe ihres bisher verdienten Lohnes beanspruchen können. Im Falle, daß der Verurteilte die Zahlung der Strafe verweigert, sollen die Entschädigung der Schlichtungskommission für die Lederwarenindustrie Deutschlands und des Zentral-Tariffamts durch das Amtsgericht vollstreckt werden. — Die Entschädigung wurde auf Grund der §§ 1025 bis 1048 der Zivilprozessordnung gefällt.

Polizei und Gerichte.

* Aus Mainz teilt man uns folgendes Vorwissen mit: Ende vorigen Monats besichtigte die Bauarbeiter-Schutzkommission in Mainz die Arbeitsplätze und fand, daß die Schutzvorrichtungen mancherlei zu wünschen übrig ließen. Zu den Bauten, die derartige Mängel zeigten, gehörte auch das bei Rastel gelegene „Fort Diebler“. Nachdem die Baupolizei und die Bauingenieurgesellschaft vor einiger Zeit von den Mängeln in Kenntnis gesetzt worden waren, beschloß die Bauarbeiter-Schutzkommission, sich zu überzeugen, ob den Mängeln abgeholfen worden sei. Am Morgen des 23. Juli begab sich der Angestellte unseres Verbandes, Kollege F. Rehn, nach der Baustelle des „Fort Diebler“, um sich von dem Polier die Erlaubnis zur Be-

sichtigung der Bauhütte geben zu lassen. Auf einem Stege, der über einen Wallgraben führt, begegnete ihm der Bauarbeiter Jakob in Gesellschaft von zwei Offizieren. Jakob rief: „Das ist der Heber, der Verführer, der muß abgewiesen werden!“ Darauf ließ einer der Offiziere Rehn verhaften. Rehn wurde alsbald von drei Soldaten auf die Wache des Forts eskortiert, wo er, obgleich er sich genügend auszuweisen konnte, von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags festgehalten wurde. Um diese Zeit erschien dann ein Schutzmann, der Rehn in Empfang nahm, um ihn nach Rastel zu führen. Dort wurde er von dem Polizeikommissar vernommen und dann, nach sechs Stunden Freiheitsberaubung, entlassen. — Das ist denn doch unerhört, was man sich hier herausgenommen hat. Wenn man von dem schamlosen Bauarbeiter, dem ein über den Bauarbeiterstand wachender Arbeitervertreter aus berechtigten Gründen verhaftet sein dürfte ganz abliest: wie in aller Welt kommt ein Offizier dazu, einem Manne, der für die Durchführung der gesetzlichen, das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter schützenden Bestimmungen Sorge tragen will, eine solche Behandlung angedeihen zu lassen? Man darf nur nicht vergessen, daß wir im freien Deutschland leben, dann wird man die Antwort bald finden.

Eingegangene Schriften.

Im Verlage „Lebenskunst — Heiligkeit“, Berlin SW 11, ist die zweite Serie **Witzpostkarten** erschienen. Der Preis der Serie (acht Stück im Umschlag) ist 40 Pf. Den Witzfreunden können die Karten mit ihren gut gelungenen Abbildungen und kurzen Beschreibungen bestens empfohlen werden.

Briefkasten.

* Mehrere Berichte mußten wegen Raummangels zurückbleiben.

Linde a. d. Isar. Ein Bericht ohne Unterschrift und Stempel des Zweigvereinsvorstandes kann nicht abgedruckt werden, zumal wenn er über solch dringende Sachen berichtet, wie es die angelegte Überlieferungsarbeit der bezeichneten Kollegen ist.

W. Sch. in B. Wir sind nicht im Besitze der Abstammungstafeln und können sie uns jetzt nicht verschaffen. Frage doch einmal beim „Vorwärts“ an.

Blitterfeld. Der Bericht enthält nichts, was seinen Abdruck verdient.

S. in Hirschenwalde. Anzeigen über zurückgenommene Verleumdungen nehmen wir nicht an.

Thale a. S. Der Bericht ließ sich nicht verwenden.

Rastenburg. Darauf können wir nicht eingehen. Die Anzeigen müssen zu jeder Versammlung gesondert eingereicht werden.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileidspfeile sind A.)

Arnstadt. Am 15. Juli starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Richard Ortlepp** im Alter von 85 Jahren an Kehlkopfkatarrh.

Chebnitz. Am 19. Juli starb unser Verbandskollege **Andreas Bauer** im Alter von 66 Jahren an Schlaganfall. — Am 23. Juli starb unser Verbandskollege **Karl Petzet** im Alter von 62 Jahren an Lungenschwundstucht.

Ein. Am 15. Juli wurde der 51 Jahre alte Kollege **Joh. Kroll** aus Frechen als Leiche im Rhein gefunden.

Hannover. Am 22. Juli starb an Schlaganfall unser langjähriger Mitglied **Fr. Simon** im Alter von 63 Jahren. — Am 25. Juli starb unser Kollege **Ernst Klagrodt** im Alter von 42 Jahren an Leberleiden.

Mannheim. Zahlreiche Mienheim. Am 14. Juli starb unser Verbandskollege **Johann Faber** im Alter von 84 Jahren an Kehlkopfentzündung.

Mainz. Zahlreiche Rastelheim. Am 21. Juli starb nach langem Leiden unser Kollege **Adam Rathard** im Alter von 21 Jahren an Miebererkrankung.

Preß. Am 19. Juli starb bei seiner Arbeit unser Kollege **Detlev Post** im Alter von 65 Jahren an Herzschlag.

Rast. Am 15. Juli starb unser Mitglied **Emil Krause** aus Böhlen im Alter von 34 Jahren infolge eines Unfalls.

Rast. Am 17. Juli starb unser treuer Verbandsmitglied **Karl Köhler** im 62. Lebensjahre an Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

Herm. Rossow (Verb.-Nr. 82 166) und **Karl Mayer** (Verb.-Nr. 78 111) werden dringend ersucht, ihre Adressen umgehend an den Untergedruckten einzusenden. Kollegen, die den Aufnahmefall der Genannten kennen, werden ersucht, dies mitzuteilen an.

Joh. Werner, Oberhausen, Bellemeierstr. 70.

Freiberg i. S.

Unser Zweigverein feiert am 7. August, von 6 Uhr abends an, im Saale der „Union“ in Freiberg sein

Vierzehntes Stiftungsfest

und ladet hierzu alle Kollegen, auch die der Nachbarvereine, mit ihren vereinten Damen freundlich ein. Das Komitee.

Oberkotzau.

Zu dem am Samstag, 7. August, im Liebhalsaal stattfindenden

Stiftungsfest

laden wir sämtliche Kollegen des Zweigvereins höflichst ein. [M. 2,70] Der Vorstand.

Schmiedeberg i. R.

Sonnabend, den 7. August 1909, abends 8 Uhr,

Achtes Stiftungsfest

in den „Drei Kronen“. Die Kollegen von den umliegenden Orten werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Schwarzenbach a. d. S.

Samstag, den 7. August, abends 8 Uhr, findet unser diesjähriges

Stiftungsfest

im Cypellischen Saale statt. — Alle Kollegen des Zweigvereins werden dazu freundlichst eingeladen. [M. 8] Der Vorstand.

Sprenberg.

Am 31. Juli und 1. August feiert der Zweigverein im „Vergoldenen“ sein diesjähriges

* Stiftungsfest *

bestehend in Ball, Scheibenschießen und Umzug. Die Mitglieder der benachbarten Zweigvereine werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 8] Der Vorstand.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorkonferenz, K Kassierer, L Verbandsrat, H Herberge, RZ Reiseunterstützung wird ausgesetzt sein.)
Gummersdorf i. Riesengebirge. V Oswald Holz, Friedrichstraße 4a.
Gotha. K Friedrich Rehr, Louisestr. 3, 1. Et.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 1. August.

Dreetz. Nachm. 3 Uhr bei Dierker.
Hersbruck. Nachm. 8 Uhr im „Gasthaus zum Stischen“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Pasewalk. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal, Markt 3.
Ribnitz. Nachm. 4 Uhr bei Potenberg. L.-D.: Bericht der Schlichtungskommission.

Templin. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Adolf Krolla, „Rasthof“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Dienstag, den 3. August.

Blitterfeld. Abends 7 Uhr im Restaurant „Gehengollern“. Wichtige Tagesordnung.

Mittwoch, den 4. August.

Guben. Abends 7 Uhr bei Stein.

Donnerstag, den 5. August.

Glogau. Abends 8½ Uhr im „Rasthof“.

Freitag, den 6. August.

Sommerfeld. Abends 7½ Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Sonntag, den 8. August.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Rastenburg. Nachm. 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. L.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartale. Verschickenes. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Salzwedel. Nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn G. Müller. L.-D.: Verbands- und Kassendbericht. Kartellbericht. Stiftungsfest. Verschickenes. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wittstock. Nachm. 2 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Öffentliche Versammlungen.

Sonntag, den 1. August:

Rosnig. Nachm. 3 Uhr im Gerichtsgebäude zu Rosnig. L.-D.: Die Rolle und Arbeitsverhältnisse der im Bundeskreise beschäftigten Kollegen. Referent: Kollege Adolf Bohner.

Zentraltrankkassen der Maurer usw.

Sonntag, den 1. August.

Frankfurt a. d. O. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung sehr wichtig.

Freitag, den 13. August.

Berlin. Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus. L.-D.: Kassendbericht. Bericht des Verbandsrats. Verschickenes. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.